

90.III.1

Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung

KA
'85

RUND BRIEF 4

Dorotheenstr.20·5300 Bonn 1·Tel.0228-69 29 04

**Frieden durch Abrüstung
und Gerechtigkeit**



Infowoche 10.-16. Nov. 85

Impressum

Herausgegeben vom:

Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung
Dorotheenstr. 20, 5300 Bonn 1,
Telefon 0228/69 29 04-05

Redaktion: Thomas Becker, Ulrich Frey,
Gerd Greune, Achim Maske, Manfred Ossenbeck,
Klaus Scherenberg (v.i.S.d.P.), Dieter Schöffmann,
Mani Stenner

Inhalt

Infobereich	Seite
Religionsgemeinschaften	5
Bildung, Jugend, Wissenschaft	6
Soldaten und Kriegsdienstverweigerer	7
Frauen	8
Internationale Solidarität	9
Ausländer	9
Arbeit und Soziales	10
Kommunale Parlamente	11
Kultur	12
SIGNAL FÜR FRIEDEN	13

Über die Notwendigkeit von Friedensbewegung – eine gar nicht so satirische Groteske

(dpa, ap) 12. November, eigener Bericht

Hohe Einschaltquoten erreichte das Zuverlässige Deutsche Fernsehen (ZDF) mit seiner Sondersendung über die Feierstunde zum heutigen 30. Jahrestag der Bundeswehr.

In der Sendung aus dem atombombensicheren Bunker der Bundesregierung in Dernau/Eifel, an der das gesamte Kabinett teilnahm, erklärte Bundesverteidigungsminister Wörner: „Die anfänglichen Besorgnisse der Bevölkerung wegen der Stationierung zielgenauer Raketen sind beseitigt. Inzwischen sieht jedermann ein, daß diese Waffen besonders friedenssichernd und abschreckend sind, weil sie auch zur Drohung mit einem Erstschatz im Falle eines Angriffs geeignet sind. Auch gibt es keine Furcht mehr vor der „Strategischen Verteidigungs-Initiative“ im Weltraum, weil die Bevölkerung nun weiß, daß die Sowjets dadurch davon überzeugt werden, daß sie auch bei einem heimtückischen Gegenschlag gegen die USA keine Chance hätten.“ Eine repräsentative Umfrage bei Fachärzten, so der Minister, habe ergeben, daß nur noch sehr wenige Patienten gelegentlich über unerklärliche Angstgefühle klagten. Diese seien durch einfache Maßnahmen, wie z. B. regelmäßiges Kabelfernsehen und tägliches Lesen der Blödsinnzeitung, zu beheben.

Bundesfinanzminister Stoltenberg räumte in der Sendung ein, daß sich inzwischen herausgestellt habe, daß die zusätzlich veranschlagten 240 Milliarden für die Bundeswehrfinanzplanung 1985-1997 nicht ausreichen. Die Waffensysteme, mit denen eine sicherheitspolitisch wünschenswerte Verstärkung der Offensivfähigkeit der Bundeswehr erreicht würde, machten erheblich höhere Aufwendungen nötig. Dies ließe sich aber etatmäßig ausgleichen. Die Opferbereitschaft der Bevölkerung für offensive Verteidigung sei groß.

„Tagtäglich gehen der Bundesregierung körbweise zustimmende Briefe aus allen Teilen des Landes zu. Es wird auch wieder mehr für die Bundeswehr gespendet. Besonders froh bin ich darüber, daß auch Kriegerwitwen freiwillig auf einen Teil ihrer Rente verzichten.“

Genaue Angaben über die Veränderungen bei der Bundeswehrfinanzplanung, die Beteiligung der Bundesrepublik am „Krieg der Sterne“-Programm und über den Zeitplan für die Aufstellung der Cruise Missiles im nächsten Jahr kündigte der Minister für die aktuelle Stunde des Bundestages am kommenden Freitag an, die von den Abgeordneten der SPD und der Grünen beantragt worden ist.

Bundeswirtschaftsminister Bangemann verwies auf die Erfolge bei der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Die Flut zustimmender Briefe und Spendenüberweisungen habe sowohl bei der Bundespost als auch bei den Banken höhere

Arbeitsplatzverluste vermeiden helfen: „Ich erwarte auch ein deutlich besseres Bild bei der Arbeitslosenstatistik durch die Ernennung von Herrn Böhnisch zum neuen Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit. Zudem wird die Vergrößerung der Sollstärke der Bundeswehr und ihre Öffnung für Frauen große beschäftigungspolitische Auswirkungen haben.“

CDU-Generalsekretär Geißler, von dem in Bonn zu hören ist, daß er nach der Bundestagswahl 1987 die Leitung eines neu zu schaffenden Superministeriums für Überzeugende Information übernehmen soll, appellierte aus Anlaß des Bundeswehrjubiläums an die Mitglieder der sogenannten Friedensbewegung, ihr unsinniges Tun aufzugeben. Er habe überzeugend nachgewiesen, daß es der Pazifismus war, der zu Auschwitz und zum 2. Weltkrieg geführt habe.

Innenminister Zimmermann rief bei dieser Gelegenheit die Bevölkerung zur Unterstützung der Behörden bei der Fahndung nach dem harten Kern der sogenannten Friedensbewegung auf. Noch immer gebe es überall im Lande workkriminelle Gewalttäter, die die Bevölkerung durch Verbreitung von sogenannten Informationsflugblättern terrorisieren. „Solange diese Täter nicht dingfest gemacht worden sind, solange Zitate aus der Bergpredigt für kommunistische Zwecke oder andere pro-kommunistische Desinformationen verbreitet werden, ist der Frieden in Freiheit in Gefahr.“

Höhepunkt der Feier im Bunker der Bundesregierung war der Auftritt von Bundeskanzler Helmut Kohl. „Ich habe an diesem Freudentag für alle Menschen dieses unseres Landes mit meinem Freund Ronald Reagan telefoniert und ihm gesagt: Die USA können sich auf uns verlassen. Die von der sogenannten Friedensbewegung anfänglich erzeugte Hysterie über die notwendigen offensiven Verteidigungsanstrengungen des Freien Westens ist inzwischen durch systematische Information überwunden. Ich konnte meinem Freund Ronald versichern: Unser Volk weiß wieder, daß es sich lohnt, für die Verteidigung der Freiheit von Denver und Dallas auch bei uns in Europa Opfer zu bringen. Dafür danke ich meinen Kabinettskollegen in dieser Stunde, aber auch verantwortungsbewußten Männern und Frauen in den Medien, die mit besonders förderungswürdiger kultureller Information die Liebe zu unserem Verbündeten auch in schweren Zeiten am Leben erhalten halfen. Es ist eine tiefe Beruhigung für jeden Deutschen, daß wir mit unserer offensiven Verteidigungspolitik einen Beitrag dazu leisten, daß die Vereinigten Staaten von Amerika als Leuchtturm der Freiheit weiterstrahlen werden, auch wenn wir es vielleicht nicht erleben.“

Nach der bewegenden Rede des Bundeskanzlers begann die feierliche Vereidigung einer ersten Kompaniereizender junger Bürgerinnen in Uniform im Bunker. Der noch andauernde Cocktailempfang des Kabinetts für die Soldatinnen wurde nicht mehr übertragen.

Für das Überleben neu mobilisieren Frieden schaffen durch Abrüstung und Gerechtigkeit Den Rüstungswahnsinn beenden

Liebe Freundinnen und Freunde,

die gar nicht so satirische Groteske zu Beginn dramatisiert, was die Friedensbewegung umtreibt; nämlich die gegen jahrelange Proteste verfolgte, schon jetzt politisch gescheiterte „Sicherheitspolitik“, deren Auswirkungen auf die außenpolitische Situation der Bundesrepublik und ganz Europa, auf die wachsende Abhängigkeit der sogenannten 3. Welt und auf die innere Militarisierung bei uns und den zu erwartenden weiteren Sozialabbau. Die Strategie-Konferenz der Friedensbewegung vom 16./17.6.85 hat die Kernfrage in ihren Zusammenhängen herausgearbeitet und Forderungen daraus abgeleitet. Entscheidungen, die wir beeinflussen müssen, stehen u.a. in folgenden Bereichen bevor: die Beteiligung der Bundesregierung am „Krieg der Sterne“-Programm der gegenwärtigen US-Administration, der Beginn der Cruise Missiles-Stationierung und die Haushaltsbeschlüsse über Waffensysteme für AirLand Battle.

Wir sollten deutlich vor Augen haben, wie dramatisch die Situation ist. Die Entwicklung und Einführung von erstschlagsfähigen Waffen und offensiven wie defensiven Systemen für den Weltraum destabilisiert die internationale Lage. Die Entwicklung von immer raffinierteren konventionellen und atomaren Waffen, mit denen strategische Überlegenheit und „Kriegsführungsfähigkeit“ erlangt werden soll, schafft reale Gefahren für den Frieden.

Das Versprechen der Bundesregierung und aller Befürworter der sog. Nachrüstung, dadurch werde Abrüstung möglich, hat sich als Zynismus erwiesen. Scheinbar unbekümmert treibt die Bundesregierung die Aufrüstung voran, obwohl die Mehrheit der Bürger weiter gegen die Raketenstationierung ist und 66% der Bevölkerung eine Beteiligung der Bundesrepublik an den amerikanischen Weltraumplänen ablehnt.

Eine Studie des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, wonach ein hoher Prozentsatz der Offiziere und Soldaten gegen den Einsatz von Atomwaffen und damit gegen die gültige NATO-Doktrin ist, hält die Regierung unter Verschluss. Sie wendet sich auch nicht gegen die Produktion von binären chemischen Kampfstoffen, die für den Einsatz in Europa vorgesehen sind. Sie versucht mit der Propagierung von „Zivilschutzmaßnahmen“ bei der Bevölkerung Illusionen über die Überlebenschancen in einem Krieg zu schaffen. Sie unterstützt den Rassismus der Apartheid-Regierung in Südafrika, um die Profite bundesdeutscher Banken, Unternehmen und der Atomwirtschaft zu sichern.

Was muß die Friedensbewegung tun?

Der Desinformationspolitik der Bundesregierung muß die Friedensbewegung eine Informationskampagne entgegensetzen, um den in den letzten Jahren begonnenen Demokratisierungsprozeß auf entscheidende Fragen der Militär- und Außenpolitik auszudehnen. Dadurch kann die Mehrheit der Bevölkerung zu eigenem Handeln aktiviert und politischer Druck auf die Regierung entwickelt werden. Dieser Druck muß in den anstehenden Entscheidungssituationen auf Kernforderungen zugespielt werden, um die Bundesregierung zu einer Änderung ihrer Politik zu drängen oder sie politisch zu isolieren.

Aufbauen können wir dabei auf unser Wirken in den vergangenen Jahren. Bei großen Aktionen, dezentralen und zentralen Veranstaltungen hat die Friedensbewegung Millionen

von Menschen auf die öffentlichen Plätze gebracht. Zahlreiche Bürger, die vorher nicht auf unserer Seite standen, haben wir nachdenklich und hellhörig gemacht. Viele sind neu zu uns gestoßen. In den Parteien (bis hinein in Teile der CDU), in den Kirchen und Gewerkschaften haben wir eine friedenspolitische Neuorientierung einleiten helfen. Heute stoßen wir mit unseren Forderungen nicht mehr wie noch 1981 auf die mehrheitliche Ablehnung durch die SPD. Die Friedensbewegung und andere außerparlamentarische Bewegungen haben solche grundlegenden Änderungen bewirkt, daß erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik mit den Grünen eine neue politische Partei Einzug in die Parlamente halten konnte, die die Aufrüstung ablehnt.

Verständlicherweise will die jetzige Regierungskoalition diesen Trend umkehren. Hier muß sich die Friedensbewegung als außerparlamentarische soziale Bewegung behaupten. Wir sollten uns Mut machen lassen von den langfristigen Wirkungen der Vorgänger der heutigen Friedensbewegung. Die außerparlamentarischen Bewegungen der 50er und 60er Jahre haben dazu beigetragen, den Kalten Krieg und den US-Krieg in Vietnam zu beenden und die Entspannungs- und Vertragspolitik durchzusetzen. Viele Menschen haben damals begriffen, daß Frieden, Verständigung und Verträge möglich sind und waren darum zu Beginn der 80er Jahre bereit, gegen die anlaufende neue Rüstungseskalations- und Konfrontationspolitik aktiv zu werden. Tausende von lokalen und regionalen Gruppen und Bündnissen sind entstanden. Sie sind das Potential der Friedensbewegung.

Sie geben den Mut zum Weitermachen. Dabei ist die zu bewältigende Aufgabe sehr groß, denn die Regierungskoalition versucht alles, um die Zustimmung der Bevölkerung zu ihrer Politik wiederzugewinnen.

Die Strategiekonferenz der Friedensbewegung am 16./17. Juni hat beschlossen, eine Informationswoche vom 10.-16. November vorzubereiten und durchzuführen. Ihr Ziel ist es:

- dort die nötige Öffentlichkeit herzustellen, wo die Verantwortlichen schweigen oder bewußt falsche Informationen verbreiten,
- die Bürgerinnen und Bürger zu mobilisieren, um Sachkenntnis, Ideen und Mut zur Weiterarbeit für eine bessere Politik zu verbreiten,
- die Bundesregierung unter Druck zu setzen und zu isolieren.

Diese Informationskampagne soll auch die bevorstehenden Wahlkämpfe politisieren. Die Forderungen der Friedensbewegung müssen für alle Parteien zu Maßstäben werden – auch noch nach der Wahl. Der Druck auf die Parteien und ihre Mandatsträger sowie auf die gesellschaftlichen Großgruppen wird aber nur erfolgreich sein, wenn die Friedensbewegung selbst informiert und kompetent genug ist, in die Breite (zu den Nachbarn und Menschen, die noch nicht gewonnen sind) und in die Tiefe (zu den Themen, die von den Mächtigen unterdrückt werden) zu wirken.

Die Friedensbewegung ist eine eigenständige und unabhängige außerparlamentarische Bewegung, keine Wählerinitiative und kein Wahlkampfmedium von politischen Parteien. Sie muß den friedenspolitischen Willen der breiten Bevölkerung zum Ausdruck bringen und deshalb auch in Zukunft ihre Un-

abhängigkeit bewahren. Sie kämpft für die ständige und kontinuierliche Berücksichtigung friedenspolitischer Forderungen auf allen Ebenen.

Der Beschluß der Strategiekonferenz vom 16./17. Juni über die Informationswoche und die Strukturierung der Woche durch den KA soll eine dezentrale und umfassende Informationsarbeit bewirken. Der KA schlägt den Friedensinitiativen vor, die Info-Woche nach den eigenen Möglichkeiten und in eigener Verantwortung zu gestalten. Die Kenntnisse und Fähigkeiten der berufsspezifischen Friedensinitiativen (Naturwissenschaftler, Ärzte, Soldaten usw.) sollten genutzt werden. Mit dem dezentralen Charakter der Informationsaktion verwirklicht die Friedensbewegung auch ihren Anspruch, die Sache des Friedens zur Sache aller Bürger zu machen und Demokratie aus eigener Kraft zu verwirklichen.

Die Aufteilung der Infobereiche auf bestimmte Tage soll die Gewinnung neuer Friedensaktivisten aus den jeweiligen Zielgruppen ermöglichen. Sie soll anregen, daß die Friedensinitiativen schon im Vorfeld Impulse und Kontakte in die je-

weiligen Infobereiche initiieren, um dort neue, eigene Aktivitäten auszulösen.

Wir schlagen folgende Aufteilung vor:

<i>Sonntag,</i>	<i>10.11.: Religionsgemeinschaften</i>
<i>Montag,</i>	<i>11.11.: Bildung, Jugend, Wissenschaft</i>
<i>Dienstag,</i>	<i>12.11.: Soldaten und Kriegsdienstverweigerer</i>
<i>Mittwoch,</i>	<i>13.11.: Frauen</i>
<i>Donnerst.,</i>	<i>14.11.: Internationale Solidarität – Ausländer – Betriebe, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger</i>
<i>Freitag,</i>	<i>15.11.: Kommunale Parlamente, Verwaltungen, Bundestagsabgeordnete – Kulturelle Einrichtungen</i>
<i>Samstag,</i>	<i>16.11.: „SIGNAL FÜR FRIEDEN“</i>

Am Samstag, dem 16.11.85 soll landauf, landab ein unüberhörbares „Signal für Frieden durch Abrüstung und Gerechtigkeit“ ertönen.

Gemeinsame Veranstaltungen der gesamten Friedensbewegung vor Ort (Friedensversammlungen und -aktionen auf den zentralen Plätzen) sollen unsere Entschlossenheit zur Fortsetzung unserer Anstrengungen demonstrieren. Dies können wir

auf den Kundgebungen symbolisch zum Ausdruck bringen

- durch Erklärungen zu unserer Weiterarbeit im UNO-Friedensjahr 1986 und darüber hinaus
- durch die weiße Friedensfahne mit dem Symbol der Info-woche
- durch das Pflanzen von Blumen auf geeigneten Flächen nach Absprache in Form eines Ostermarschzeichens, die zu blühen beginnen werden, wenn wir im Frühjahr unsere Aktionen fortsetzen.

Der Koordinierungsausschuß wird sich mit Eurer Hilfe dann bemühen, durch ein Infosystem für die überregionale Pressearbeit die vielen dezentralen Aktivitäten zu einer gemeinsamen Aktion der Friedensbewegung überall im Lande zu machen.

Die Informationswoche der Friedensbewegung liegt zeitgleich mit der Infowoche der Naturwissenschaftler (11.–16.11.) und der Friedensdekade der christlichen Gruppen (10.–20.11.). Dadurch wird eine Konzentration der Kräfte begünstigt.

Welches sind die nächsten Schritte?

Von Ort zu Ort und von Gruppe zu Gruppe gibt es Unterschiede. Grundsätzlich schlagen wir folgendes Verfahren vor:

- Findet Euch im September in erprobten und / oder neuen Bündnissen zusammen, um zu beraten, was Ihr wann und mit wem zu welchem Zwecke machen wollt.
- Bereitet Eure Materialien vor. Der Koordinierungsausschuß hat dazu Angebote bereit.

- Bei der inhaltlichen Vorbereitung wird die Frage auftauchen, wie die konkrete Aktionsplanung im Jahre 1986 – dezentral und zentral – aussehen kann. Das soll am 14./15.12. 85 bei einer Konferenz der Friedensbewegung beraten werden. Bereitet Euch bitte darauf vor. Wir werden eine Einladung versenden.
- Berichtet über Eure Aktivitäten an den Koordinierungsausschuß. Dieser trifft gegenwärtig Vorbereitungen für die Multiplizierung Eurer Arbeit auf Bundesebene (bitte Rückmeldebogen Seite 16 benutzen).

Auf den folgenden Seiten sind erste Anregungen und Überlegungen für die Vorbereitung und Durchführung der Infowoche zusammengestellt. Wir hoffen, weitere Überlegungen aus Euren Beratungen eschickt zukommen, um daraus einen griffigen Leitfaden für die Gestaltung der Woche zu entwickeln.

Die besten Wünsche für einen Info- und Aktionsherbst 1985, der auch Spaß macht!

Eure Redaktion
für den Koordinierungsausschuß

Info-Bereich Religionsgemeinschaften

Worum geht es?

Im christlichen Teil der Friedensbewegung haben wir in den letzten Jahren angefangen zu buchstabieren, was es heißt: „Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen“ (Apostelgeschichte 5,29).

In der EKD hat die Synode in Worms im Herbst 1983 zur Erhaltung und Festigung des Friedens einen Maßstab gesetzt: „Als Christen müssen wir sagen: Die Androhung gegenseitiger Vernichtung widerspricht dem Geist Christi und ist Ausdruck unserer Sünde. Deshalb muß das System nuklearer Abschreckung unbedingt überwunden werden“. In seinem Wort zur Friedensdiskussion vom Herbst 1983 unterstützt der Rat der EKD den Vorschlag eines Freeze mit den Worten: „Die Entwicklung, Erprobung, Produktion und Aufstellung von immer neuen nuklearen Abschreckungswaffen darf nicht fortgesetzt werden“. Der Rat lehnt auch die Drohung mit dem Ersteinsatz von Atomwaffen zur Verteidigung gegen einen konventionellen Angriff und den Einsatz von Massenvernichtungsmitteln sowie ein starres und schematisches Gleichgewichtsdenken ab. Die Konsequenz daraus wäre heute eine Ablehnung der gegenwärtigen „Sicherheitspolitik“.

Im April 1983 hat die deutsche katholische Bischofskonferenz in einem Wort zum Frieden („Gerechtigkeit schafft Frieden“) erklärt: „Nukleare Abschreckung ist auf Dauer kein verlässliches Instrument der Kriegsverhütung“ (GsF 4. 3.2.), ohne diese Dauer näher zu bestimmen. Die Kritik am Abschreckungssystem in der Tradition der Aussagen des 2. Vatikanums ist zwar unüberhörbar, doch halten die Bischöfe nach wie vor daran fest, daß heute das Abschreckungssystem noch für moralisch annehmbar gehalten werden kann.

Diese Aussagen werden von Politikern zur Legitimation ihrer „Sicherheitspolitik“ herangezogen, obwohl die Bischöfe die sittliche Tolerierung des Abschreckungssystems an die Beachtung strenger Kriterien knüpfen, die heute alle nicht erfüllt werden:

1. „Bereits bestehende oder geplante militärische Mittel dürfen Krieg weder führbarer noch wahrscheinlicher machen“.
2. „Nur solche und so viele militärische Mittel dürfen bereitgestellt werden, wie zum Zwecke der an Kriegsverhütung orientierten Abschreckung gerade noch erforderlich sind“.
3. „Alle militärischen Mittel müssen mit wirksamer beiderseitiger Rüstungsbegrenzung, Rüstungsminderung und Abrüstung vereinbar sein“.

Die christlichen Friedensgruppen sind der Auffassung, daß dem Abschreckungssystem aus vielfältigen Gründen schon länger jede Legitimation entzogen ist (s. z.B. Neustädter Erklärung von Pax Christi). Für die Gespräche in den Gemeinden ist es wichtig, darauf hinzuweisen, daß ein entschiedenes „Nein“ der Kirche zum Abschreckungssystem auch aus der Argumentation der Bischöfe heraus längst überfällig ist.

Wie wird vorbereitet?

In den Kirchen durch einen breit angelegten Willensbildungsprozeß, der auch die Andersdenkenden einschließt und niemandem das Christsein abspricht, das „Nein ohne jedes Ja zu den Massenvernichtungsmitteln“ zum Gemeingut zu machen, bleibt das Ziel von Friedensarbeit in Sachen Abrüstung.

Wenn es christliche Friedensgruppen vor Ort gibt, sollten die FIs sich zuallererst mit ihnen abstimmen. Aber sie können auch alleine etwas tun. So können in den kommenden Wochen Kirchengemeinden angesprochen werden mit der Bitte, den 10.11. zu einem Friedenstag zu machen. Vielfach gibt es auch gemeinde-interne Arbeitsgruppen (z.B. Jugendgruppen), die für Friedensarbeit interessiert werden können. Pfarrer und Religionslehrer können gebeten werden, das Friedensthema im Unterricht zu behandeln.

Wie kann der Tag aussehen?

1. Studientage, Diskussionsabende, Streitgespräche; z.B. mit Soldaten über die Grenzen soldatischen Gehorsams im Falle eines Atomkrieges; im kommunalen Bereich mit Wohlfahrtsverbänden über Zivilschutz und christliche Ethik.
2. Gedenk- und Gebetsgottesdienste an Stationierungsorten. In Hasselbach/Hunsrück bei Bell, wo die Cruise missiles 1986 stationiert werden sollen, findet z.B. jeden Sonntag um 16 Uhr ein Gebet aus diesem Grunde statt.
3. „Friedensnacht“ in der/den Kirche/n eines Ortes mit Gottesdienst und Gesprächsangeboten.
4. St.Martins-Aktion am 11.November. Der heilige Martin hat nicht nur seinen Rock den Armen gegeben, weswegen ihn die Kinder am 11.11. besingen, sondern war auch einer der frühen Kriegsdienstverweigerer z.Zt. des römischen Kaisers Konstantin.
5. Kleine Schritte zivilen Ungehorsams, z.B. Teilnahme am Steuerboykott (Kontakt: Martin Arnold, Neißestraße 4, 4300 Essen 1) oder Selbstverpflichtung zu gewaltfreien Blockaden an Stationierungsorten (Vernetzung über die „Kampagne ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung“, c/o Friedensbüro Tübingen, Neckarhalde 8, 7400 Tübingen.)
6. Mitarbeit in der Anti-Rüstungsexport-Kampagne christlicher Friedensgruppen (Kontakt: Richard Akva, Hanauer Landstr.133, 6000 Frankfurt/M. 1)
7. Herbeiführung von Beschlüssen in Gemeinden und Synoden zum „Nein ohne jedes Ja zu den Massenvernichtungsmitteln.“

Vom 10.–20.11. rufen verschiedene christliche Gruppen zu einer Friedensdekade auf, u.a. Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden, Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, Initiative Kirche von unten, Pax Christi. Handreichungen dazu gibt es bei:
AGDF, Blücherstr.14, 5300 Bonn 1 und AS/F, Jebenstr.1, 1, 1000 Berlin 12

Info-Bereich Bildung, Jugend, Wissenschaft

Worum geht es?

Der „Kampf um die Herzen und Hirne“ – wie Verteidigungsminister Wörner es formulierte – ist Teil der Werbeoffensive, die von Bundesregierung und NATO nach der Stationierung eröffnet wurde. Ihr geht es dabei vor allem um die zukünftige Generation – die Jugend – die durch engagiertes Mitwirken in der Friedensbewegung ihre Ablehnung der heutigen Unsicherheitspolitik sichtbar gemacht hat. Regierung und Bundeswehrführung lassen heute keinen Versuch aus, um die Jugend zurückzugewinnen, um die Meinungsmehrheiten gegen die Raketenstationierung, Atomwaffen, Weltraumrüstung zu brechen.

Adressaten dieser Offensive sind neben den Jugendlichen selbst die Multiplikatoren, die die Jugendlichen erreichen: Lehrer, Eltern, Sozialarbeiter, Jugendorganisationen.

Da wird den Jugendlichen der Militärdienst wieder schmackhaft gemacht durch die Behauptung, dort gäbe es aussichtsreiche Arbeitsplätze; die Faszination moderner Technik, die gerade die heutige „Computer-Generation“ anspricht, wird durch offensive Werbeträger ausgenutzt, das Emanzipationsstreben von Mädchen wird umgeleitet, um auch sie für das Militärische zu gewinnen u. a. m.

Schülervertretungen und Jugendgruppen können gerade die Jüngeren, die die Aktionen von 1983 noch nicht bewußt miterlebten, über die Folgen des Aufrüstungsschubs, die Absichten der US-Strategen und die Notwendigkeit eigener Aktivitäten informieren.

Die Naturwissenschaftler-Initiative „Verantwortung für den Frieden“ hat zu einer Friedenswoche an den Hochschulen vom 11. – 16. November aufgerufen. Die Studentenvertretungen wollen dazu beitragen, daß die Gedanken der Naturwissenschaftler-Initiative in Verbindung mit der Informationswoche der Friedensbewegung möglichst in allen Hochschulen aufgegriffen werden. Der Mißbrauch von Wissenschaft und Forschung für die Rüstung soll ebenso thematisiert werden, wie ihre direkte Auswirkung bei der Weltraumrüstung, bei der Entwicklung von Erstschlagssystemen und neuen Waffentechnologien.

Wie wird vorbereitet?

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die Studenten- und Schülervertretungen, die Eltern und alle FI's, die in diesem Bereich arbeiten, sind aufgerufen – in Absprache mit der örtlichen Friedensbewegung – für die Gestaltung dieses Tages den Anstoß zu geben. Ein erster Schritt kann die Verteilung des Flugblatts für den Info-Tag sein – verbunden mit einer Einladung zum Vorbereitungstreffen. Gemeinsam mit Vertretern der Naturwissenschaftler-Initiative sollten Vorbereitungsseminare durchgeführt werden. Danach können Informationsveranstaltungen in Unis, Schulen und Jugendzentren vorbereitet werden. In der lokalen Presse sind Anzeigen mit einem Aufruf zur Teilnahme am Info-Tag wirkungsvoll.

Gibt es in unserer Schule Bunker und Katastropheppläne für den V-Fall? Oder ist unsere Schule als Hilfslazarett vorgesehen? Wird in Erste-Hilfe-Kursen an unserer Schule auch der Schutz im Atomkrieg geübt? Können Lehrer über „Fortbildung“ bei der Bundeswehr berichten? Was machen Jugendoffiziere an unseren Schulen? Welche Materialien schickt das Verteidigungsministerium an unsere Schulen? Wissen Lehrer etwas über das geplante Zivilschutzgesetz? Was steht in den Lehrbüchern über die Ursachen von Krieg und die Möglichkeiten seiner Verhinderung? Wird an unserer Hochschule Rüstungsforschung betrieben?

Wer mit Schülern gemeinsam in den Wochen vor dem Info-Tag Zeitungsausschnitte sammelt und öffentlich aushängt, hat so den aktuellsten Stand „live“ in der Schule und kann die Bericht-

erstattung am Info-Tag auswerten. Auch jüngere Schüler dürfen bei der Vorbereitung des Info-Tags nicht ausgeschlossen werden; Lehrer, Eltern und Kinderorganisationen sollten nach Möglichkeiten suchen, mit ihnen über „Sternenkrieg“ und Frieden zu reden.

Zum Mobilisieren und Bekanntmachen des Info-Tags kann das Flugblatt auf eine Wandzeitung übertragen werden; dazu werdem unter dem Motto: „Ich mach mit“ Unterschriften gesammelt. Überall sollten Beschlüsse mit der Aufforderung, den Info-Tag gemeinsam zu gestalten, gefaßt werden. Ladet Kriegsdienstverweigerer und Vertreter von KDV-Organisationen für Veranstaltungen ein!

Wie kann der Tag aussehen?

An möglichst vielen Schulen, Hochschulen, Kindergärten und Jugendzentren, aber auch anderen Bildungs- und Forschungsstätten sollte an diesem Tag die Friedensfahne wehen. Sie ist das öffentliche, alle Aktivitäten in dieser Infowoche verbindende Symbol.

Eine große gemeinsame Schulversammlung könnte mit einer Talk-Show, einem Streitgespräch oder einer Podiumsdiskussion beginnen. Sie kann aber auch als demonstrativer Höhepunkt des Tages gestaltet werden, der den Friedenswillen dieser Schule öffentlich machen soll. Ein Pro- und contra-Spiel (wie im Fernsehen) mit abstimmdem Publikum, Experten und Pro- und contra-Anwälten – gespielt von Lehrern, von Schülern oder auch mit „echten“ Experten kann in einzelnen Klassen oder in schulöffentlichen Versammlungen gespielt werden, z. B. zum Thema Weltraumrüstung.

Ein weiterer Höhepunkt kann die Aktion „Müllhaufen der Geschichte“ sein. Ein großer Container oder Mülleimer, zur Not auch zusammengenähte Laken, die an den Zipfeln hochgehalten werden – passend dekoriert – wird vor der Schule aufgestellt; auf diesen Müllhaufen der Geschichte wird – symbolisch oder echt – alles geworfen, was in der Schule und ihrer Umgebung im Laufe der Vorbereitungen an Kriegsvorbereitung, ideologischer Aufrüstung, Gewalt usw. gefunden worden ist: Materialien der Bundeswehr, Pappraketen, gewaltverherrlichende Videos, schlechte Schulbücher und Erlasse usw. Die Müllhaufen von mehreren Schulen können in einem demonstrativen Zug zum Kreiswehrrersatzamt oder zum Rathaus gebracht und dort ausgeschüttet werden.

Die Studentenvertretungen wollen dazu beitragen, daß die Gedanken der Naturwissenschaftlerwoche und der Infowoche der Friedensbewegung möglichst an allen Hochschulen aufgegriffen und möglichst viele neue Menschen erreicht werden. Dazu sind folgende Aktivitäten möglich oder geplant:

- „Umfunktionieren“ der normalen Lehrveranstaltungen für Diskussionen zu den genannten Themenkomplexen;
- Fachbereichs- bzw. Hochschulversammlungen zur Information und Protest
- Durchführung von „Dies academicus“, das ist ein Tag, wo kein normaler Lehrbetrieb stattfindet, sondern Friedensdiskussionen;
- Diskussion und Beschlußfassung in Hochschulgremien gegen die neuen Rüstungsmaßnahmen, insbesondere gegen die Beteiligung der Hochschulen an der Forschung zu SDI.
- Fachspezifische Veranstaltungen zum Thema „Was kann unsere Wissenschaft zum Erhalt des Friedens leisten?“
- Öffentlichkeitswirksame Ausgestaltung der Campus- und Hochschulgebäude mit Friedenssymbolen, Fahnen etc.

Ein wichtiger Ansprechpartner in der Vorbereitung kann die örtliche Volkshochschule sein. Vielleicht ändert sie ihr Programm für die Infowoche? Deshalb rechtzeitig Kontakt aufnehmen.

Info-Bereich Soldaten und Kriegsdienstverweigerer

Worum geht es?

Am 12. November 1985 wird die Bundeswehr dreißig Jahre alt. Bundesregierung und Bundeswehrführung wollen diesen Anlaß nutzen zu Feierlichkeiten unter dem Motto: „30 Jahre Bundeswehr – 30 Jahre Frieden, Freiheit, Sicherheit“. Jedoch: 30 Jahre Bundeswehr ist kein Grund zum Feiern, sondern allenfalls Anlaß zum Nachdenken über und Handeln gegen Aufrüstung und Militarismus.

30 Jahre Bundeswehr steht auch für 30 Jahre Militarisierung der Bundesrepublik. Immer mehr gesellschaftliche Bereiche werden von militärischen Anforderungen erreicht. In Vergessenheit geraten soll, daß 10 Jahre vor Gründung der Bundeswehr Deutsche geschworen hatten: „Nie wieder Krieg! – Nie wieder Rüstung!“ 40 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges werben in den Schulen Jugendoffiziere, werden Jugendliche und Kinder bei Bundeswehr-Waffenschauen und Kriegsspielen durch die Faszination der Technik angelockt. Soldatentum, militärisches Spektakel, Kriegsvorbereitung und Krieg werden wieder zum selbstverständlichen Bestandteil unseres Alltags. 30 Jahre nach Gründung der Bundeswehr sind alle Bereiche unserer Gesellschaft bereits wieder militärisch verplant. Die immer wieder von bundesdeutschen Politikern erhobene Forderung nach „nuklearer Teilhabe“, Überlegungen zu einem französischen Atomschirm für die Bundesrepublik wie auch die Aufhebung des Produktionsverbots z.B. für Langstreckenbohrer und -raketen im Rahmen der Westeuropäischen Union machen die Bundeswehr potentiell zu einer Atomstreitmacht.

Verstärkte „konventionelle“ Aufrüstung ist ebenso wie die Beschaffung neuer Atomwaffenträger für die Bundeswehr Teil eines Programmes zur Erlangung militärischer Überlegenheit. Im Rahmen offensiver Kriegsführungsdoktrinen führen auch konventionelle Kriegsbilder letztendlich zum Inferno.

Die Bundeswehr wird durch die Einführung offensiver Kriegsführungsdoktrinen in der NATO, die den Schlag gegen den Osten weit in die Tiefe des gegnerischen Raumes vorsehen, zusehends in das US-amerikanische Offensivkonzept eingebunden. Sie ist im Rahmen der NATO-Arbeitsteilung an der Interventionspolitik der USA beteiligt (Unterstützungsabkommen für den Krisen- und Kriegsfall – WHNS).

Nach der Stationierung der Mittelstreckenraketen Pershing II und Cruise missiles ist die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik in eine tiefe Rechtfertigungskrise geraten. Immer mehr Menschen fragen: Ist die Bundeswehr noch eine Verteidigungsarmee?

Es kommt darauf an, den Aufklärungsprozeß zu verstärken und deutlich werden zu lassen, daß auch zunehmend Bundeswehrangehörige der Militärkonzeption ablehnend gegenüberstehen, daß eine große Anzahl von Wehrpflichtigen den Kriegsdienst verweigert und sich gegen die Einbeziehung des Zivildienstes und der verschiedenen zivilen Hilfsdienste in die militärische Planung wehrt.

Wie wird vorbereitet?

Sicherlich werden die verschiedenen Bundeswehrfeierlichkeiten in den nächsten Monaten auf den Protest der Friedensinitiativen vor Ort und der Bevölkerung stoßen. Wir bitten, uns über Veranstaltungen der Bundeswehr bei Euch zu informieren, damit wir einen Überblick veröffentlichen können. Erfahrungen zeigen, daß insbesondere feierliche Gelöbnisse und Große Zapfenstriche auf breite Ablehnung stoßen, auch wegen des Mißbrauchs religiöser Zeremonien durch die Bundeswehr. Dies gilt es lokal bei der Planung der Infowoche zu berücksichtigen.

Überall dort, wo es Kasernen und andere Einrichtungen der Bundeswehr (und anderer NATO-Armeen) gibt, überall wo Zivildienstleistende und Kriegsdienstverweigerer arbeiten, können

die Friedensgruppen ab September beginnen, Kontakte herzustellen oder zu erneuern. Mit den Bereichsflugblättern für Soldaten und Kriegsdienstverweigerer können erste Informationen gegeben und zu Vorbereitungstreffen eingeladen werden.

Bundeswehrangehörige (Wehrpflichtige, Vertrauensleute, Berufssoldaten) können bei Dienstschaft (oder nachmittags auf den Bahnhöfen) angesprochen werden. Günstig ist der Donnerstag nachmittag. Sie können eingeladen werden (per Brief an die Vertrauensleute der Kompanie) zu gemeinsamen Treffen, auf denen über die wachsenden Gefahren durch Rüstung und Militärpolitik diskutiert und gemeinsam geplant wird, wie am 12. November der Infobereich Soldaten durchgeführt werden soll.

Das gleiche kann mit dem Infobereich Kriegsdienstverweigerer geschehen. Auch hier sollte auf entsprechenden Treffen beraten werden, wie Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistende am 12. November deutlich machen können, warum sie den Kriegsdienst verweigert haben. Es ist auch eine Kombination beider Bereiche möglich und sinnvoll.

Wie soll der Tag aussehen?

Überall dort, wo die Bundeswehr Anfang November Feierlichkeiten durchführt, sollten die Friedensinitiativen zu eigenen Aktionen aufrufen, um die Ablehnung dieser Verherrlichungen einer immer gefährlicher werdenden Kriegsmaschinerie zu demonstrieren. Dabei können die Friedensfahnen verwendet werden, die optisch sehr wirksam die Präsenz von Friedensbewegten zeigen.

In der Bundeswehr könnten die Forderungen der Friedensbewegung zur Diskussion gestellt werden. Überall dort, wo es Kasernen gibt, könnten gemeinsam von Soldaten und Friedensgruppen vorbereitete Veranstaltungen stattfinden, z.B. gemeinsame Friedensfeten, Diskussionen mit Bundeswehrangehörigen, Verweigerungsaktionen, Ehrungen von Deserteuren der beiden Weltkriege (Beispiel des Stadtrates Kassel – s. Kasten). Besondere politische Diskussionen in der Bundeswehr (einschließlich möglicher disziplinarischer Übergriffe durch Vorgesetzte und Bundeswehrführung) könnte der Vorschlag auslösen, daß Bundeswehrangehörige als Symbol für ihre Beteiligung an der Infowoche die „Friedensfahnen“ aus ihren Kasernenfenstern oder an andere geeignete Orte hängen (ersatzweise weiße Tücher). Dabei ist zu berücksichtigen, daß dies umso mehr Sinn macht, wenn es auch außerhalb der Kasernen oder Einrichtungen bemerkt wird, also solltet Ihr zumindest einen Infostand draußen machen oder Soldaten nach der Veranstaltung zur Kaserne zurückbegleiten (Presse informieren).

Überall dort, wo Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistende arbeiten, könnten Veranstaltungen, Ausstellungen usw. stattfinden, die zeigen, warum der Kriegsdienst verweigert wird und daß jede militärische Einplanung des Zivildienstes verhindert werden muß.

Die Stadt Kassel gedenkt der Deserteure im 2. Weltkrieg

Erstmals in der BRD gedenkt eine Stadt offiziell der Soldaten, die sich im 2. Weltkrieg durch Fahnenflucht, Wehrkraftzersetzung, Verweigerung oder Widerstand der Fortführung des Krieges entgegengestellt haben.

Im städtischen Ehrenmal für die Gefallenen beider Weltkriege wird eine Gedenktafel eingemauert mit der Aufschrift: „Zur Erinnerung an die Soldaten des Zweiten Weltkrieges, die in der Fortsetzung des Krieges keinen Sinn mehr sahen und dafür verfolgt, eingekerkert oder getötet wurden“.

Info-Bereich Frauen

Worum gehts?

Frauen sind von Aufrüstung und Krieg besonders betroffen. Das beweisen geschichtliche Erfahrungen (2. Weltkrieg) ebenso wie die aktuellen Leiden von Frauen in Krisenregionen, insbesondere in den Ländern der „3. Welt“. Frauen verloren an der „Heimatfront“ ihr Leben, sorgten sich um das Leben der Kinder, mußten unter unmenschlichen Bedingungen für Rüstung produzieren und räumten nach dem Krieg als erste die Trümmer beiseite und begannen mit dem Wiederaufbau.

In der Bundesrepublik verschlingen die Militärausgaben Milliarden. An den Sozialausgaben wird dagegen gespart. Zur Schaffung neuer Arbeitsplätze wird kein Geld zur Verfügung gestellt. Frauen sind von Rüstungsfolgen, wie Arbeitslosigkeit und Abbau von Sozialleistungen, besonders betroffen. Zur alltäglichen Gewalt gegen Frauen gehören Angriffe auf das Recht, über eine Schwangerschaft selbst zu entscheiden, Sextourismus, Vergewaltigung oder körperliche Mißhandlung, Mißbrauch als Werbeobjekte und anderes mehr. Frauen begreifen ihr Friedensengagement auch als Kampf gegen Unfreiheit, Ausbeutung, Verfolgung und Benachteiligung.

Frauen wollen ein eigenständiges und gleichberechtigtes Leben in Frieden für alle Menschen der Welt. Frieden bedeutet mehr als die Abwesenheit von Krieg. Frieden kann auf der Erde so lange nicht erreicht werden, wie Unterdrückung – ganz gleich, ob gegen ein Volk, eine Rasse, eine Religions- oder Glaubensgemeinschaft oder ein Geschlecht – nicht beendet ist.

Die Militarisierung der Gesellschaft schreitet voran. Wir registrieren zunehmend Anzeichen für die Einführung eines allgemeinen Pflichtdienstes für junge Männer und Frauen, mit dem zugleich arbeitsmarkt- und sozialpolitische Interessen verfolgt werden. Frauen sollen damit langfristig vor allem auf „ihren Beitrag für Staat und Gesellschaft“ eingestimmt werden. Als Spitze dieser militärischen Verplanung soll dann die Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr erfolgen.

Aber Frauen lassen sich nicht verplanen und als Reserve für Arbeitsmarkt und Militär beliebig verwenden.

Das wollen wir Frauen im Rahmen der Informationswoche der Friedensbewegung mit eigenständigen Aktivitäten deutlich machen. Wir wollen:

- die besondere Betroffenheit der Frauen zum Ausdruck bringen
- die Öffentlichkeit informieren, mobilisieren und unsere Forderungen gegenüber der friedens- und frauenfeindlichen Politik der Regierung erheben
- viele neue Frauen zum gemeinsamen aktiven Handeln gewinnen
- die Stimme der Hälfte der Menschheit politisch geltend machen
- der Friedensbewegung damit einen eigenständigen Frauenimpuls geben.

Wie wird der Tag vorbereitet?

Es sollen gemeinsame Treffen aller friedenspolitisch engagierten Frauen einberufen bzw. auf den Treffen der bestehenden Frauengruppen der Tagesordnungspunkt „Frauentag“ eingebracht werden. Dabei sollten berücksichtigt werden: Gewerkschaftsfrauen, Parteifrauen, autonome Frauen, DFI, Kirchenfrauen, Projekt- und Initiativfrauen, Frauen-Friedensgruppen, Interessengemeinschaften, Mädchengruppen.

Es muß gemeinsam überlegt werden, welche Aktivitäten geplant werden, wie darüber breit informiert werden kann und wie neue Frauen am besten angesprochen werden können. Überall, wo vor allem Frauen anzutreffen sind, sollte das Flugblatt des KA für diese Gruppe verteilt werden. Gespräche über die Betroffenheit von Frauen und Möglichkeiten eigenen Handelns sollten geführt und gemeinsam Vorbereitungen vereinbart werden. Dabei überlegt, welche auffälligen gemeinsamen Sachen bieten sich für diesen Tag an?

Zur Vorbereitung (auch am 13.11. selbst) könnte z.B. gemacht werden:

- Hausbesuche
- Info-Veranstaltungen zur Weltfrauenkonferenz/forum, Nairobi
- Round-table-Gespräche mit Fachfrauen zu Zivilschutzgesetzentwurf, militärische Verplanung von Frauen, zu Wirtschafts- und Sozialpolitik
- Reklamewände anmieten
- Presse-, Medienarbeit. Wunschkonzert-Sendungen mit Frauen-Friedensliedern
- Ausstellungen.

Schreibt uns Eure Ideen, Vorschläge, Planungen etc. ebenso Eure Wünsche zur Unterstützung für Eure Arbeit durch die Frauen im Koordinierungsausschuß.

Wie soll der Frauentag aussehen?

- Frauenvollversammlungen, Kultur- und Diskussionsnachmittage/-Abende
- Friedenszelt
- Sketch, Straßentheater und Musik mit Flugblattverteilen
- Sandwich-Gänsemarsch, z.B. als Aufschrift Namen politisch verfolgter und kämpfender Frauen, heute, damals, international; mit Megafon biografische Daten und Kommentare verbreiten –
- Verweigerungsaktionen
- Denkmal-Enthüllungen
- Umzingelungen, „Wäscheleinen“ behängen
- Basare, Erlös für Frauenprojekte/Befreiungsbewegungen
- Infotische, Stellwände vor Schulen, Einkaufszentren, Arbeitsämtern
- Filmveranstaltungen
- Fotowettbewerb „Frauenfriedensbewegung“
- Preisausschreiben: Historische und aktuelle Daten zum Frauenfriedenskampf
- Frauen dreier Generationen berichten
- Straßenumbenennungen, z.B. Winnie Mandela
- Fackelzüge

Info-Bereich Internationale Solidarität

Worum geht es?

Die jüngsten Spendensammlungen für Afrika haben gezeigt, daß viele Menschen bereits erkannt haben, wie dringend die 3. Welt auf Unterstützung angewiesen ist.

Weniger bekannt ist dagegen, daß die Aufrüstung auch mit Geldern finanziert wird, die der sogenannten 3. Welt abgepreßt und vorenthalten werden. Rüstungssenkungen zugunsten von 3. Welt-Hilfe ist als Alternative noch nicht deutlich vor Augen.

Die größte Gefahr – auch für uns in Europa – besteht jedoch darin, daß die politische Bereitschaft zu militärischen Interventionen in der 3. Welt sichtbar wächst, je mehr die militärischen Instrumente scheinbar zur Verfügung stehen. „Schnelle Eingreiftruppen“ stehen bereits für direkte Militäreinsätze bereit. Die US-Kriegsführungsdoktrin AirLand Battle soll auch in der 3. Welt angewandt werden und die Weltraumrüstung dient verbesserten militärischen Fähigkeiten auch in diesen Gebieten. Das verweist auf die bestehenden Zusammenhänge mit der Gesamt-Aufrüstung von USA und NATO und die damit verbundenen Gefahren für weltweite Eskalationen.

Mit Interventionskriegen und -drohungen sollen eigenständige und unabhängige Wege der Völker verbaut werden. Es geht um die Interessen von Konzernen, die riesige Gewinne mit billigen Rohstoffen, der Ausbeutung billiger Arbeitskräfte und günstigen Absatzmärkten machen. Deshalb sollen willfährige Regime mit Folter und Unterdrückung gestützt, Rassismus und Apartheid toleriert, Abhängigkeiten u.a. von westlichen Krediten aufrecht erhalten werden. Schon heute erreicht z.B. der jährliche Schuldendienst bei manchen betroffenen Ländern die Höhe ihrer Exporteinnahmen.

Die Bundesregierung unterstützt die aggressive 3. Welt-Politik der USA politisch und indirekt auch militärisch, indem sie US-Streitkräfte von Aufgaben in Europa „entlastet“ und die Bundesrepublik zur Drehscheibe für Einsätze gegen die 3. Welt ausbaut. Ein Beispiel dafür ist das Unterstützungsabkommen mit den USA für den „Krisen- und Kriegsfall“ (WHNS), das solche Unterstützungsmaßnahmen konkret vereinbart.

Nachdem die USA gegen Grenada ihre Entschlossenheit unter Beweis gestellt haben, ihren Zielen entgegenstehende Entwicklungen militärisch zu verhindern, steht heute Nicaragua vor allergrößter Bedrohung. Indirekt mischen sich die USA bereits ein, indem sie die Anti-Regierungskräfte (Contras) finanziell aushalten und militärisch unterstützen. Von unserer Solidarität hängt mit ab, ob die USA weiter vor offener Militärintervention zurückschrecken.

In Südafrika hält sich das Apartheid-Regime gegen inneren und internationalen Druck nur noch dank der Hilfe der NATO-

Staaten unter Führung der USA. Die Einstellung diplomatischer Kontakte, internationale Isolation des Regimes und Einstellung wirtschaftlicher, kultureller und anderer Kontakte mit der Apartheid können für die südafrikanische Befreiung entscheidende Bedeutung haben.

Wie kann vorbereitet werden?

Südafrika und Mittelamerika sind gegenwärtig zu Brennpunkten des internationalen Geschehens und der öffentlichen Aufmerksamkeit geworden. Sie werden von daher auch im Mittelpunkt von Aktionen der Solidaritätsbewegung stehen. Schon vor der Informationswoche gibt es für die Friedensbewegung Möglichkeiten, sich an diesen Aktionen zu beteiligen.

Am 21. September findet in Bonn eine bundesweite Demonstration aus Solidarität mit dem unterdrückten südafrikanischen Volk und gegen die Unterstützung des Rassistenregimes durch die Bundesrepublik Deutschland statt. Für den 4. und 5. Oktober wird zu bundesweiten Aktionen unter dem Motto „Stoppt die militärisch-nukleare Zusammenarbeit mit Südafrika – gegen Apartheid, Rassismus und Kolonialismus im südlichen Afrika“ aufgerufen.

Von der Mittelamerika-Solidaritätsbewegung wird für die Woche vom 21.-28. Oktober zu Aktionen „Gegen die Macht der Kaffee-Konzerne – die Gewinne denen, die den Kaffee anbauen“ bundesweit aufgerufen.

Um sich an diesen wichtigen Aktionen zu beteiligen und um eigene Aktionen durchzuführen, ist es sinnvoll, sich mit den örtlichen Solidaritäts- und 3. Welt-Gruppen kurzzuschließen. Es ist notwendig, über die Verhältnisse in Südafrika, Mittelamerika und anderen Ländern der 3. Welt zu informieren und aufzuklären, was z.B. durch Info-Tische, Veranstaltungen oder örtlichen Aktionen vor Banken, Tschiboläden u.ä. geschehen kann.

Wie kann der 14. November selbst aussehen?

Auch für den Tag in der Informationswoche selber ist es sinnvoll, mit den örtlichen Solidaritätsgruppen zusammenzuarbeiten. Die Möglichkeiten zu informieren sind vielfältig. Z.B. kann man Flugblätter in und vor Banken verteilen, die über deren Geschäfte mit dem südafrikanischen Apartheidsregime aufklären. Oder in Kaffeeäden kann man über die Ausbeutung der Landarbeiter auf den Kaffeeplantagen in Mittelamerika informieren. Auch Informationsstände auf Marktplätzen, Aktionen vor Rüstungsbetrieben u.ä. sind sinnvolle Aktionen am Tag selbst.

Info-Bereich Ausländer

Worum geht es?

In der BRD leben heute über 4,3 Millionen ausländische Mitbürger, darunter fast 1,5 Millionen Türken, über eine halbe Million Italiener, 600.000 Jugoslawen, fast 300.000 Griechen, fast 160.000 Spanier, fast 100.000 Portugiesen und jeweils Zehntausende aus nordafrikanischen Staaten. Sie werden am stärksten von der Wirtschaftskrise und der sozialen Auslaugung durch Überrüstung betroffen. Sie spielen eine wichtige Rolle bei der politischen Willensbildung: Für viele politische Probleme wie z.B. Arbeitslosigkeit, Qualität der Schulbildung, angebliche Überfremdung werden sie zu Unrecht verantwortlich gemacht. Insbesondere – aber nicht nur – neo-

faschistische Gruppen versuchen, die Bewohner der Bundesrepublik anderer Nationalität zum Sündenbock zu stempeln, um friedensgefährdende Feindbilder und einen aggressiven Nationalismus zu erzeugen, der propagandistisch leicht übertragen werden kann auf andere Völker. Schon die Nazis hatten keine Probleme damit, Juden und osteuropäische Völker gleichermaßen zu „Untermenschen“ zu erklären. Gleichzeitig sollen damit die wirklichen Ursachen sozialer Misere für die Menschen unseres Landes verschleiert werden, die nicht zuletzt durch die ausufernde Aufrüstung hervorgerufen werden. Wie bequem für die Aufrüster sind doch Arbeitslose, die glauben, daß sie durch die ausländischen Kollegen ihren Ar-

beitsplatz verloren haben oder die Arbeiter und Angestellten, die sich durch Ausländerhaß einschüchtern und disziplinieren lassen.

Die Friedensbewegung braucht informierte Mitbürger und will Freundschaft mit allen Völkern. Denn neben Mutlosigkeit sind es die erzeugten Feindbilder, mit denen aggressive Aufrüstung und Außenpolitik gerechtfertigt werden sollen. Deshalb kommt dem Infobereich Ausländer in der Infowoche der Friedensbewegung am Donnerstag, dem 14. November, eine große Bedeutung zu.

Wie kann der Tag vorbereitet werden?

Der Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung wird gemeinsam mit demokratischen Ausländerorganisationen diskutieren, wie die Friedensarbeit in diesem Bereich entwickelt werden kann. Gemeinsam wollen wir mehrsprachige Materialien erstellen.

Dies ist auch für lokale Friedensinitiativen und -gruppen der erste Schritt, Kontakte aufzunehmen oder zu erneuern zu Ausländergruppen oder -einrichtungen. Jetzt geht es darum, festzulegen, was am 14. November vorbereitet werden soll. Warum nicht ein gemeinsamer Infoabend über die Gefahren der Kriegsvorbereitung, über die Rüstungsentwicklung in den Heimatländern, über die Arbeit der Friedensbewegung dort. (Die meisten Herkunftsländer gehören der NATO an.) Und wenn man Freundschaften schließen will, sollte man auch Musik und etwas zum Essen und zum Trinken nicht vergessen. In Gemeinden mit größeren Ausländergruppen könnten

sowohl eine multinationale oder auch mehrere binationale Veranstaltungen geplant werden.

GEMEINSAM ZWEI- ODER MEHRNATIONALE VORBEREITUNGSGRUPPEN BILDEN!

Die Veranstaltung muß nicht nur organisatorisch vorbereitet werden (Räumlichkeiten, Infoprogramm, Musik, Essen etc.), sie soll vor allem bei den ausländischen und deutschen Mitbürgern bekannt und attraktiv gemacht werden, als Möglichkeit der Information und der persönlichen Begegnung.

Es müssen also mehrsprachige Informationsmaterialien über die geplante Veranstaltung verteilt werden, überall dort, wo Deutsche und Ausländer zusammen leben oder arbeiten. Und dies geschieht mit einer doppelten Zielrichtung: neue Freundinnen und Freunde für die konkrete Vorbereitungsarbeit zu gewinnen und um möglichst viele Ausländer und Deutsche auf die geplanten Veranstaltungen neugierig zu machen. Das erste geht schlecht ohne das zweite: Wenn eine Friedensinitiative alles alleine machen muß, wird das Programm der Infowoche dünner bleiben und damit der Erfolg geringer.

Der Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung wird bis September versuchen, jeweils zweisprachig ein („Muster“-) Flugblatt in den wichtigsten Sprachen und deutsch zu erarbeiten. Dieses Flugblatt kann man bestellen zur Verteilung im Ort (wenn man ein eigenes Blatt mit dem Plan jeweiliger Veranstaltungen, Hinweise auf Kontaktadressen, Vorbereitungstreffen usw. beilegt). Man kann aber auch einfach die Texte kopieren und für selbstgestaltete Materialien verwenden!

Info-Bereich Betriebe, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger

Die Friedensbewegung unterstützt die Aktionswoche des DGB vom 20.-26.10.85 und ruft dazu auf, sich an den lokalen und regionalen Aktionen zu beteiligen. Damit werden wichtige Voraussetzungen für die Aktivitäten im Infobereich Arbeit und Soziales am 14. November 85 geschaffen.

Worum geht es?

Die Arbeiterinnen und Arbeiter, die Angestellten, Arbeitslosen, Sozialhilfeempfänger bilden die Mehrheit der Bevölkerung. Die Arbeiterbewegung hat eine lange Tradition des gemeinsamen Kampfes um ihre Rechte und hat mit den Gewerkschaften Organisationen zur Durchsetzung ihrer Interessen. Das wichtigste Recht für alle Menschen ist das Recht auf ein Leben in Frieden und sozialer Sicherheit. Die immer gefährlichere Aufrüstung bedroht dieses Recht. Gleichzeitig tragen die gewaltigen Ausgaben für Rüstung, militärische Forschung und Entwicklung dazu bei, daß Gelder fehlen zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und vielfältiger sozialer Probleme. Rüstungsproduktion und Rüstungsforschung erfordern Rohstoffe, Arbeitskräfte und Forschungskapazität, die dringend zur Befriedigung der wirklichen Bedürfnisse der Gesellschaft benötigt werden. Deshalb ist gegenüber den Regierungen der Druck zu verstärken, die Produktion in gesellschaftlich sinnvolle Bedarfsfelder zu lenken. Am Informationstag sollten daher die gesellschaftlichen Defizite aufgezeigt werden (z.B. fehlende Kindergärten, fehlender Wohnraum für kinderreiche Familien, gesundheitliche Unterversorgung, neue Armut) und der Verschleuderung von Geldern im Rüstungsbereich gegenübergestellt werden.

Wegen dieser Zusammenhänge kommt es darauf an, insbesondere gewerkschaftlich organisierte Arbeiterinnen und Arbeiter, aber auch Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger, in weitaus stärkerem Maße für die Friedensarbeit zu gewinnen.

Wie wird vorbereitet?

Friedensinitiativen können die Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte und Vertrauensleute ansprechen, um ge-

meinsam zu beraten, wie die Aktivitäten im Infobereich gestaltet werden können. Gewerkschafts- und Betriebsversammlungen könnten darüber beraten, wie die Forderungen des DGB-Aufrufes zum Antikriegstag, 1. September, durchgesetzt und eigene Beiträge dazu geleistet werden können. Der Aufruf und das Bereichsflugblatt können an den „Schwarzen Brettern“ aufgehängt werden mit der Aufforderung, am Infotag den Arbeitsplatz mit Friedenssymbolen zu „schmücken“. Die Bereichsflugblätter Arbeit und Soziales können von den Friedensinitiativen oder gemeinsam mit Gewerkschaftskollegen vor Betrieben, Arbeits- oder Sozialämtern verteilt werden, um zu Vorbereitungstreffen einzuladen. Hierzu sollten auch bestehende Arbeitsloseninitiativen und andere soziale Gruppen angesprochen werden.

Bei Rüstungsbetrieben muß die Konversionsfrage (Umstellung auf Zivilproduktion) berücksichtigt werden. Gewerkschaftliche Arbeitskreise „Alternative Fertigung“ haben hierzu Vorstellungen entwickelt. Dabei ist daran zu denken, daß Umstellungen von Rüstungsbetrieben auf Zivilproduktion flankierender staatlicher und kommunaler Maßnahmen bedürfen (Konversionskomitees).

Gemeinsame Vorbereitungsgruppen mit Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern könnten für die Informationswoche z.B. Modelle von Waagen, für den Vergleich von Rüstung und Soziales Modelle von Raketen und Panzern basteln.

Wie sieht der Tag aus?

In Betrieben könnte auf Betriebs- und Jugendversammlungen über den Zusammenhang von Aufrüstung und Arbeitslosigkeit und Sozialabbau diskutiert werden (DGB-Beschlüsse und -Erklärungen gegen Aufrüstung). Vor Betrieben könnten Infostände, Die-in-Aktionen usw. stattfinden. Die Belegschaften und Betriebsräte könnten Transparente und Friedensfahnen an den Werkstoren aufhängen (auch am Arbeits- und Sozialamt). Betriebe könnten symbolisch zu atomwaffenfreien Zonen erklärt werden. Vor Arbeits- und Sozialämtern können Infoaktionen stattfinden (Panzer-, Raketenmodelle, Waagen usw. verwenden).

Frieden durch Abrüstung und Gerechtigkeit



Infowoche 10.-16. Nov. 85

WIR RUFEN AUF: SPENDET FÜR

*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde!*

Für Millionen Menschen ist die Friedensbewegung in den letzten Jahren zu einer großen Hoffnung geworden. Auch wenn der immer bedrohlicheren Aufrüstung nicht in einem Anlauf Einhalt geboten werden konnte, hat sich das Gesicht unseres Landes doch verändert. Die Mehrheit unseres Volkes ist besorgt über die immer gefährlichere und ruinöse Unsicherheitspolitik. Immer mehr Aufrüstungsprogramme stoßen auf breite Ablehnung.

Weltraumwaffen, erstschlagsfähige Atomraketen, offensive Militärkonzeptionen und neue „konventionelle“ Waffensysteme für den „Schlag in die Tiefe“ fügen sich immer offensichtlicher in eine Strategie militärischer Überlegenheit ein. Damit wird die Welt täglich näher an den Abgrund gerückt. Doch weder durch angebliche „Defensiv“-Waffen noch durch illusionäre „Zivilschutz“-Programme läßt sich die Tatsache aus der Welt schaffen: Krieg bedeutet heute die Vernichtung der Menschheit.

Frieden kann nur auf politischem Wege gesichert werden. Doch die Regierung unseres Landes läßt hier jede ernsthafte Initiative vermissen. Im Gegenteil: Sie ordnet die Interessen unseres Volkes einem gefährlichen Aufrüstungskurs unter. Dies spitzt die militärische Konfrontation bedrohlich zu.

Diese verhängnisvolle Entwicklung, die auf dem Rücken der Völker in der „3. Welt“ und der sozial Schwachen ausgetragen wird, ist nicht unaufhaltsam. Sie kann gestoppt und umgekehrt werden, wenn die Mehrheit dieser Politik Einhalt gebietet.

Auf Parlamente und Parteien allein kann man sich dabei nicht verlassen. Zum eigenen politischen Handeln gibt es keine Alternative, und man braucht dazu einen langen Atem. Die Friedensbewegung kann, will und muß die notwendige Umkehr durchsetzen. Dies duldet keinen Aufschub.

Unter dem Motto „Für das Überleben neu mobilisieren“ wird die Friedensbewegung mit einer breiten Informationskampagne vom 10.–16. November in allen gesellschaftlichen Bereichen – in Kirchengemeinden, Schulen, Hochschulen, Betrieben, Verwaltungen und Kasernen – über den Ernst der Lage aufklären. Mit Versammlungen in möglichst vielen Städten und Gemeinden am 16. November soll ein unüberhörbares „Signal für Frieden durch Abrüstung“ gegeben werden. Die Woche vom 10.–16. November wird ein erster Höhepunkt der Mobilisierung für

R DIE FRIEDENSARBEIT!

das Leben sein, ein großes Friedensgespräch mit allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, eine konkrete Warnung an Regierung, Parlament und Parteien und ein Auftakt für die Friedensarbeit im UNO-Friedensjahr 1986.

Im Gegensatz zur staatlichen Informationspolitik wird die Friedensbewegung nicht mit Steuermillionen gefördert. (Die werden vielmehr gegen sie eingesetzt.)

Die Informationskampagne der Friedensbewegung wird aber viel Geld kosten. (und Arbeit machen). Doch jede Anstrengung, die heute unternommen wird, ist ein Unterpfand für eine lebenswerte Zukunft in Sicherheit und Frieden. Die Unterstützung der Friedensbewegung heute kann morgen Rüstungsmilliarden einsparen helfen. Für die Überwindung von Hunger, Elend, Umweltzerstörung und Arbeitslosigkeit werden sie dringend gebraucht.

**WIR BITTEN SIE, DIE ARBEIT DER FRIEDENSBEWEGUNG
ZU UNTERSTÜTZEN!**

Frieden schaffen durch Abrüstung und Gerechtigkeit Den Rüstungswahnsinn beenden

ERSTUNTERZEICHNER:

Heinrich Albertz, Pfarrer, Berlin – Karola Bloch, Philosophin, Tübingen – Wolf-Michael Catenhusen, MdB/SPD – Ingeborg Drewitz, Schriftstellerin, Berlin – Bernt Engelmann, Schriftsteller, Rottach-Egern – Uschi Flacke, Musikerin, Schwitten – Herbert Geisendörfer, Filmemacher, München – Georges Michael Fülgraff, Berlin – Ernst-Fritz Fürbringer, Schauspieler, Berlin – Dr. Norbert Greinacher, Theologe, Tübingen – Heinrich Hannover, Rechtsanwalt, Bremen – Hans-Dieter Hüsch, Kabarettist, Mainz – Prof. D. Walter Kreck, Theologe, Bonn – Harry Kunz, MdB/Grüne, Spiesen – Thorsten Lange, MdB/Grüne, Bonn – Jo Leinen, Umweltminister, Saarbrücken – Michael Müller, MdB/SPD, Bonn – Dr. Klaus Offe, Soziologe, Bielefeld – Ottmar Schreiner, MdB/SPD, Bonn – Dorothee Sölle, Theologin, Hamburg – Prof. Dr. Peter Starlinger, Dortmund – Carola Stern, Journalistin, Köln – Christoph Strässer, Münster – Ingrid und Dieter Süverkrüp, Düsseldorf – Heinz Suhr, MdB/Grüne, Bonn – Martin Walser, Schriftsteller, Überlingen-Nußdorf – Gert Weisskirchen, MdB/SPD, Bonn

Info-Bereich Kommunale Parlamente, Verwaltungen, Bundestagsabgeordnete

Worum geht es?

Die Kommunen sind in vielfältiger Weise in militärische Planungen und Übungen einbezogen. Im Rahmen der zivil-militärischen Zusammenarbeit werden Pläne entwickelt und schon heute praktiziert, mit denen Ämtern Aufgaben für den Kriegsfall zugewiesen werden. Illusionäre und Illusionen weckende Bilder über mögliche Kriegsabläufe werden dem zugrundegelegt. Unterstellt wird die Möglichkeit, einen Krieg in Mitteleuropa rein konventionell führen bzw. sich vor den Folgen eines „kleineren“ Atomkrieges schützen zu können.

Ähnlich absurden und gefährlichen Vorstellungen folgt die mit dem neuen Zivilschutzgesetz geplante Ausrüstung und Ausbildung von Katastrophenschutz und anderen Hilfsorganisationen sowie des Gesundheitswesens. Den Verwaltungen wird die Aufgabe zugewiesen, dies organisatorisch vorzubereiten. Militärische Übungen gehen zu Lasten unserer Gesundheit und verursachen Umweltzerstörungen und andere Belastungen für die Bürger. Überall im Land müssen für militärische Schwertransporte Straßen gesperrt werden, jagen Tiefflieger über unsere Arbeits- und Wohngebiete.

Wenn sich Kommunen z.B. mit Beschlüssen, die ihr Gebiet symbolisch zur „atomwaffenfreien“ Zone erklären, zur Wehr setzen, wird dagegen mit administrativen Mitteln vorgegangen. Angehörige des öffentlichen Dienstes erfahren immer wieder persönliche Benachteiligungen, wenn sie sich in der Friedensbewegung engagieren.

Angeblieh gehen Fragen, die die nationale Sicherheit betreffen, unsere Städte und Gemeinden nichts an. Die Kriegserfahrungen in diesem Jahrhundert lehren uns etwas anderes: grausamere Vernichtungswaffen, als die, die vor mehr als 40 Jahren unsere Städte zu Ruinen werden ließen, sind heute auf unsere Großstädte und Wohngebiete gerichtet. Dagegen gibt es keinen Schutz und ein Überleben ist ausgeschlossen. Aber die Kommunen dürfen nicht die Geiseln nationaler Un-Sicherheitspolitik bleiben; sie haben die Verpflichtung, zum Schutz ihrer Bürger dagegen vorzugehen.

Die örtlichen Friedensgruppen wenden sich zur Vorbereitung an die Beschäftigten der kommunalen Einrichtungen in Briefen und Flugblättern, aber auch an die Katastrophenschutz- und Hilfsorganisationen, die Feuerwehren und die Krankenhäuser, Ärzte usw. Es werden gemeinsame Treffen mit den Beschäftigten und kommunalen Gewerkschafts- und Parteigliederungen organisiert, um Veranstaltungen für den 15.11.85 vorzubereiten.

Berufsbezogene Friedensinitiativen und engagierte Fachleute sollten für Informationsveranstaltungen gewonnen werden. Im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung könnte dann z. B. ein Arzt die Erkenntnisse der Ärzte über Atomkriegsfolgen und die Unmöglichkeit medizinischer Hilfe und Versorgung im Kriegsfall berichten. Ein Architekt berichtet über die Welt, die die 3 % in Bunkern (vielleicht) Überlebenden vorfinden werden, wenn sie den Bunker verlassen. Ein Mitarbeiter des Katastrophenschutzes stellt dar, wie die Bevölkerung mit Zwang daran gehindert werden wird, aus Kampfgebieten zu flüchten, weil sie Truppenbewegungen behindert... In Vorbereitung der Informationswoche können Zeitungsanzeigen von Beschäftigten kommunaler Einrichtungen gestartet werden.

Vorbereitet werden sollten ebenfalls Veranstaltungen mit örtlichen Parteivertretern, Bundestagsabgeordneten vom Wahlkreis, Stadtrats-, Fraktions- oder Bürgersitzungen. Atomwaffenfreie Kommunen oder dies fordernde Fraktionen sollten zu Informations-Schauen (Ausstellungen, Schaukästen etc.) aufgefordert werden. Die Kommunen sollten in

Broschüren, die mit den Friedensgruppen erstellt werden, auf die Verpflichtung zum Handeln und zur Aufklärung hinweisen. Die Namensgebungen für Plätze, Straßen, Schulen etc. sollten durchforstet werden, um Umbenennungen für den 15.11. vorzubereiten z.B. Hiroshima-Platz, Martin-Luther-King-Schule, Bertha-v.-Suttner-Straße, Ossietzky-Allee.

Wie soll der Tag aussehen?

Am 15.11. sollen möglichst viele Einrichtungen nach dem Motto „Unser Amt (o.ä.) bleibt zivil“ sichtbar von Symbolen der Friedensbewegung geprägt sein: Tücher mit der Friedenstaube könnten sichtbar getragen, am Arbeitsplatz befestigt oder in die Fenster gehängt werden. Dasselbe gilt für Unterschriften, die an dem Tag öffentlich gemacht werden, in denen sich öffentlich Bedienstete, Ärzte u.a. selbst verpflichten, sich unter keinen Umständen an Kriegsvorbereitung, Kriegsübungen und Aufrüstung zu beteiligen.

Beschlüsse der Stadt, von Fraktionen oder von Bürgerversammlungen gegen die Beteiligung am Zivilschutzprogramm, gegen Atomwaffenlager und für kommunalen Ungehorsam gegen Kriegsvorbereitung usw. sollten öffentlich angeschlagen werden.

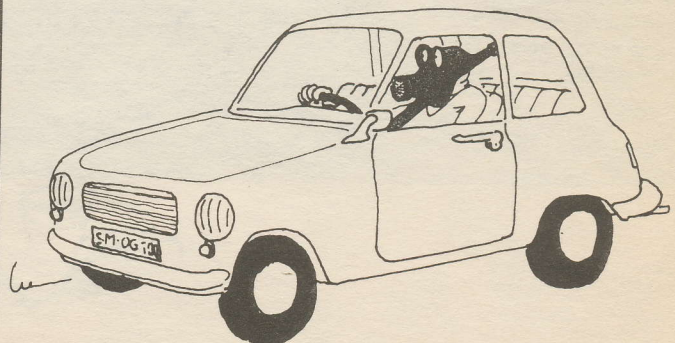
Es finden öffentliche Rats- oder Fraktionssitzungen statt, in denen z.B. ein Film über Hiroshima gezeigt wird.

Es finden öffentliche Umbenennungen von Straße, Plätzen usw. statt.

Bürgerversammlungen stellen Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises zwei Jahre nach dem Stationierungsbeschluss des Bundestages zur Rede.

Wollen Sie Ende November/Anfang Dezember dem Rüstungshaushalt '86 zustimmen? Was wollen Sie bzw. Ihre Fraktion gegen Weltraumrüstung und im Jahre 1986 drohende Cruise-Missiles-Stationierung unternehmen? Sind die Ortsschilder um den Zusatz „atomwaffenfreie Stadt“ schon ergänzt?

Die Bürgermeister von Hiroshima und Nagasaki haben zur Städtesolidarität gegen Atomwaffen aufgerufen. Ist das in Eurer Gemeinde übergekommen? Außerdem gibt es Städtepartnerschaften auch zwischen Ost und West; vielleicht lassen sich Friedensgruppen aus anderen europäischen Städten einladen.



Info-Bereich Kulturelle Einrichtungen

Worum geht es?

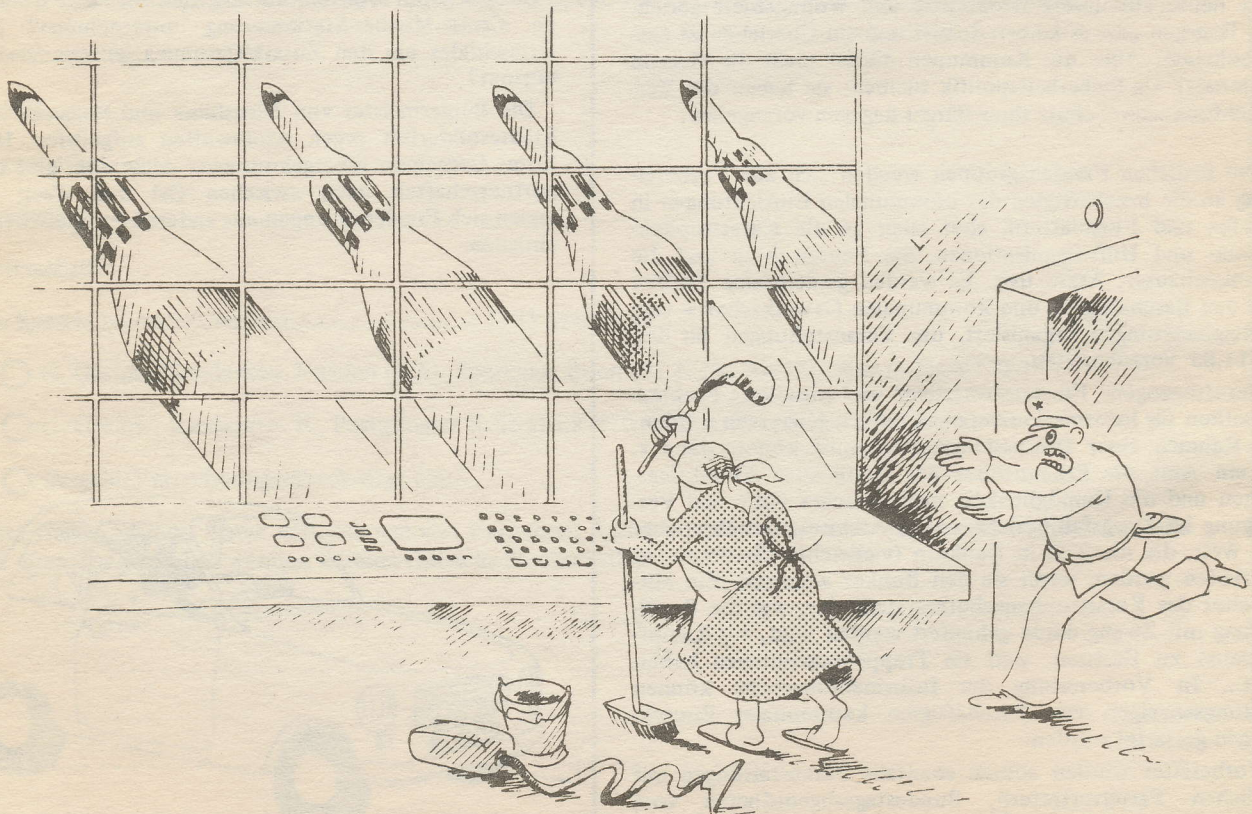
Auf fast keiner Veranstaltung der Friedensbewegung fehlen Kunst und Kultur. Sei es, daß Filme gezeigt werden, Friedenslieder im Programm sind, zumindest aber die Flugblätter oder Plakate so gestaltet sind, daß sie ansprechen oder anregen können. Kunst und Kultur ist ein wirksames Medium zum Verbreiten von Gedanken. Und Künstlerinnen und Künstler sind Menschen, die andere Menschen erreichen wollen. Und sie sind wichtige Leitbilder für alle die, die z.B. nie auf einer Bühne auftreten würden, sondern nur in der Badewanne singen. Deshalb schlagen wir vor, in der Infowoche der Friedensbewegung, am Freitag, dem 15.11., auch den Infobereich Kultur zu berücksichtigen. Damit kein Mißverständnis aufkommt: es geht nicht darum, Harry Belafonte zu einem Friedenskonzert einzuladen. Es geht vielmehr darum, mit den lokalen kulturellen Einrichtungen und Künstlerinnen und Künstlern gemeinsam zu überlegen, was sie selbst oder in Zusammenarbeit mit der Friedensbewegung am 15. November in ihrem Bereich machen können. Also anrufen, vorbeigehen, Briefe schreiben und bei kulturellen Veranstaltungen gezielt das Infoblatt für den Kulturbereich des Koordinierungsausschusses mit eigenen Kontaktadressen verbreiten. Die Liste von sinnvollen Kontaktmöglichkeiten ist überall lang. Kinos können Antikriegsfilme (mit anschließender Diskussion) zeigen. Theater, Orchester usw. können besondere Stücke oder Konzerte aufführen oder sie zumindest der Friedensbewegung widmen. Museen sind hervorragend für Ausstellungen geeignet. (Auch schützenswerte Kulturgüter würden einen Krieg nicht überstehen.) Fast über-

all gibt es Gesangsvereine, Bands und Gruppen, eine Kirchengemeinde, Vereine und Institutionen, in denen Hobbykünstler malen, Theater spielen, singen, filmen (auch Video), fotografieren, töpfern, bildhauen. Auch Galerien oder Kunsthallen können einen sinnvollen Beitrag zur Infowoche leisten, Radio- und Fernsehsender haben hervorragende Möglichkeiten. Und weil nicht stimmt, was ein US-Außenminister vor nicht allzu langer Zeit gesagt hat („Es gibt Wichtigeres als in Frieden zu leben“), sollten wir anregen, daß in möglichst vielen Bereichen etwas für die Gewinnung der Bevölkerung für die Friedensarbeit geschieht. Das wenigste wäre, daß die Zeitung der Friedensbewegung zur Infowoche öffentlich ausgelegt wird.

Künstlerinnen und Künstler und Kulturbetreiber sind phantasievolle Leute. Mit ein bißchen Anregung wissen sie selbst, wie sie einen Beitrag zur Infowoche gestalten könnten. Die Friedensinitiative braucht oft nur die berühmte Muse zu sein, deren „Kuß“ für die Entstehung eines kulturellen Werkes nötig ist.

Wie wird vorbereitet?

Wenn die Projekte klar sind, müssen sie organisiert werden. Eine gemeinsame Gruppe aus der Friedensinitiative und im Kulturbereich zu bilden, vergrößert unsere Handlungsmöglichkeiten und natürlich müssen die Projekte bekanntgemacht werden: durch Flugblätter und Plakate, Anzeigen, Presseberichte, Aufnahmen in den lokalen Veranstaltungskalender usw. Vergeßt nicht die örtlichen Kulturbehörden.



Signal für Frieden

Mit der Infowoche setzen wir uns das Ziel, die Menschen überall dort wo sie wohnen, arbeiten und lernen zu informieren und zu eigenem Handeln zu motivieren. Das soll am Samstag mit vielen örtlichen Friedensversammlungen zum Ausdruck gebracht werden. Es soll politischer Druck auf die Regierung ausgeübt werden, damit sie ihre Unterstützung des US-Kurses aufgibt und eigenständige Initiativen für eine Beendigung des Wettrüstens ergreift. Dies kann gleichzeitig die Voraussetzungen dafür schaffen, das Handeln jeder Bundesregierung nach dem Januar 1987, dem Termin der nächsten Bundestagswahl, zu beeinflussen. Insbesondere am Samstag der Infowoche soll so ein Zeichen gesetzt werden. Es kann ein mutmachendes Startsignal für weitere Aktionen im nächsten Jahr, dem UNO-Jahr des Friedens, werden.

Zur Vorbereitung

Um eine eindrucksvolle und wirksame Aktion für den 16.11. zu erreichen, ist es nötig, einen Trägerkreis zu bilden, der das gesamte Spektrum der örtlichen Friedensbewegung beinhaltet, (oder auf bereits vorhandene örtliche Strukturen zurückgreifen). Es ist anzustreben und sollte möglich sein, einen solchen Trägerkreis in der Vorbereitung noch zu verbreitern, indem man neue Kräfte einbezieht. In diesem Vorbereitungsausschuß/Trägerkreis ist zu diskutieren, wie das „Signal für Frieden“ konkret gestaltet werden soll.

Zur Vorbereitung könnte es z.B. einen örtlichen Aufruf geben, der noch einmal auf die Zielstellung hinweist und dessen örtliche Unterstützer bereits die Breite der Friedensbewegung zum Ausdruck bringen. (Falls die örtliche Presse nicht bereit ist, einen Aufruf mit den Unterstützern abzudrucken, kann man ihn auch in Form einer Zeitungsanzeige publik machen.) Bereits hiermit kann es gelingen, neue Personen für die Friedensbewegung zu gewinnen.

Die alle Versammlungen am 16.11. verbindenden Elemente sollten ebenfalls früh bekannt gemacht und vorbereitet werden. So muß der Vorschlag, am 16.11. Blumen in Form eines Peace-Zeichens auf öffentlichen Flächen zu pflanzen, bereits heute durch Säen dieser Pflanzen vorbereitet werden. Nach Aussagen von Gärtnereien eignen sich am besten Stiefmütterchen, die noch im September gesät werden müssen und dann auch im November gepflanzt werden können. Sie werden im nächsten Frühjahr (Ostermarschaktivitäten) anfangen zu blühen.

Wie kann der Tag aussehen?

Es sollte auf jeden Fall eine öffentliche Kundgebung auf dem Marktplatz (oder einem anderen zentralen Ort) durchgeführt werden. Dies kann mit einer Demonstration zu oder Auftaktkundgebungen an den verschiedenen Plätzen verbunden werden (Kriegerdenkmäler, „Zivilschutz“-Einrichtungen, Bundeswehr-Kasernen, örtliche militärische Einrichtungen, Parteibüros etc.)

Auf der Kundgebung sollte die Erklärung der Friedensbewegung zum UNO-Jahr des Friedens eine wichtige Rolle spielen. Sie kann von einem bedeutenden Repräsentanten der örtlichen Friedensbewegung vorgetragen werden, oder aber von jemandem, der/die erst vor kurzem zur Friedensbewegung hinzugestoßen ist. Die möglichen Redebeiträge sollten auf jeden Fall die gewonnene Breite und Vielfalt der Friedensbewegung zum Ausdruck bringen. Bei der Anzahl und Länge der Reden und der kulturellen Beiträge sollte die fortgeschrittene Jahreszeit und somit das Wetter berücksichtigt werden.

Die Fahnen mit dem neuen Symbol können optische Signale für die Kraft der Friedensbewegung sein. Ein Meer von Fahnen unterstützt den positiven Eindruck einer Kundgebung nachdrücklich.

Insgesamt sollte die Aufbruchstimmung, die Orientierung der Friedensbewegung auf die kommenden Auseinandersetzungen vermittelt werden.

INFORMATIONEN-SYSTEM

Bestimmt denkt Ihr daran, Eure örtliche Presse oder auch Rundfunk und Fernsehen über Eure Arbeit zu informieren. Aber bitte vergesst nicht: Die Infowoche findet in der ganzen Bundesrepublik statt. Und daß das so ist, kann die Mehrheit der Bevölkerung nur erfahren, wenn wir es ihr sagen.

Also: Den Rückmeldezettel an den KA kopieren und ausfüllen. Eine Kontaktadresse mit Telefonnummer für die Vorbereitungszeit angeben (mehr sind sicherer) und eine Telefonnummer angeben, über die Ihr während der Veranstaltung/en zu erreichen seid und über die Ihr den Koordinierungsausschuß so schnell wie möglich informieren könnt. Denn der muß für seine Pressearbeit wissen, wieviele Veranstaltungen stattfinden,

wie die Beteiligung war, was für besondere Ereignisse von den Veranstaltungen zu vermelden sind.

Schickt uns Eure Anregungen

Und noch etwas: Hier sind nur ein paar Überlegungen zusammengetragen. Für einen ausführlichen Leitfaden brauchen wir viel mehr gute Ideen. Wer kann die haben, wenn nicht Ihr? Also schreibt uns, was Euch eingefallen ist, auch solche Sachen, die bei Euch nicht machbar sind, aber anderswo im Lande möglich wären.

Danke!

NEUES MATERIAL FÜR DIE INFOWOCH

Wie bei früheren Aktionen und Kampagnen bietet der Koordinierungsausschuß auch diesmal wieder eine Reihe von Materialien an, um die Friedensinitiativen bei ihrer Mobilisierungs- und Aufklärungsarbeit vor und während der Infowoche zu unterstützen.

Als Symbol für die Aktivitäten im Herbst haben wir die Friedenstaube gewählt. In unserer Grafik wird die Taube durch eine Vielzahl zusammenkommender Menschen gebildet. Mit dieser Form der Gestaltung wollen wir nicht nur einen Hinweis auf die für den 16. November geplanten Friedensversammlungen geben, das Symbol soll auch zum Ausdruck bringen, daß sich der Frieden nur sichern läßt, wenn die Menschen für dieses Ziel selbst aktiv werden.

Die Friedenstaube wird in verschiedenen Variationen auf all unseren Materialien auftauchen und soll so zum Erkennungszeichen unserer diesjährigen Herbstaktivitäten werden.

Nachfolgend findet Ihr eine Kurzbeschreibung von Funktion, Inhalt und Gestaltung der wichtigsten Materialien, die ab sofort beim Bonner Koordinierungsbüro bestellt werden können.

PLAKATE

Im Zentrum unserer Plakate steht diesmal die Friedenstaube. Die Plakate sind dreifarbig, in A1 oder A2 erhältlich und in drei verschiedenen Versionen erstellt: Einer mit dem Motto der gesamten Friedenswoche, einer zweiten speziell für den 16.11. („Signal für Frieden“) und einer dritten mit Eindrucksmöglichkeiten für die örtlichen Friedensaktivitäten. Übrigens: Viele Menschen werden im letzten halben Jahr nur noch wenig von der Friedensbewegung gehört und gelesen haben. Deshalb kommt es jetzt darauf an, daß wir möglichst bald wieder das Straßenbild in vielen Städten, Dörfern und Gemeinden prägen. Eine schnelle Plakatierung ist dazu ein guter erster Schritt!

MASSENZEITUNG

In dieser vierseitigen Zeitung wollen wir den (etwas unverständlich geratenen) Kölner Aufruf noch einmal in einer „popularisierten“, d.h. übersichtlichen, illustrierten und allgemeinverständlichen Form wiedergeben. Damit die Zeitung möglichst bald zur breiten Mobilisierung auf die Infowoche eingesetzt werden kann, wird die erste Auflage Mitte September vorliegen. Eine zweite Auflage, speziell für die Verteilung während der Infowoche, wird dann Ende Oktober erscheinen und sich mit den weiteren Perspektiven der Friedensbewegung beschäftigen.

FLUGBLÄTTER

Für jeden der in der Infowoche anzusprechenden sozialen Bereiche (Frauen, Schulen, Hochschulen, Betriebe, Bundeswehr, Soldaten, KDVler, Parlamente usw.) wird der Koordinierungsausschuß ein sog. „Bereichsflugblatt“ herausgeben. Diese Flugblätter sollen hauptsächlich im Vorfeld der Infowoche zur Mobilisierung auf die einzelnen Tage genutzt werden. Durch die „Spezialisierung“ der Flugblätter wollen wir erreichen, daß die Menschen möglichst „hautnah“ in ihrem jeweiligen Lebens- und Arbeitszusammenhang angesprochen werden können.

ORGANISATIONSLEITFADEN

Mit den Leitfäden wollen wir (ähnlich wie bei der Volksbefragung) den örtlichen Initiativen Ideen und Anregungen zur inhaltlichen und organisatorischen Durchführung der Infowoche geben. Im Leitfaden werden u.a. folgende Punkte angesprochen:

- In einer allgemeinen Einleitung wird die Funktion und Bedeutung der Friedenswoche im Hinblick auf die weitere Arbeit der Friedensbewegung dargestellt.
- Darüber hinaus gibts vor allem Aktionsideen für die verschiedenen Infobereiche (schickt uns bitte auch Eure Planungen zu, damit wir sie als Ideen im noch zu erstellenden Leitfaden an andere weitergeben können).
- Ideen für die Gestaltung des 16. November („Signal für Frieden“).
- Vorschläge für ein geeignetes Informationssystem, mit dessen Hilfe die vielen einzelnen Aktionen zu einem bundesweiten (Medien-)Ereignis zusammengefaßt werden können.
- Kontaktadressen, Referentenlisten, Terminübersichten und natürlich jede Menge Tips zur Mobilisierung und Vorbereitung der Infowoche.

FRIEDENSAHNEN

Bei den Friedensfahnen handelt es sich um weiße Stofftücher im Format 40x60 cm, die mit dem Symbol der Infowoche (Taube) bedruckt sind. Die Tücher können in unterschiedlichster Form Verwendung finden: Als Fahnen, Fensteraushänge, Halstücher usw. – der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt. Die Fahnen sollen ein prägendes und charakteristisches Material für unsere Herbstkampagne werden, ähnlich wie die „Kettenbänder“ im vergangenen Jahr. Schließlich wissen wir: Die Bundeswehr will just während unserer Infowoche auf zahllosen

öffentlichen Plätzen mit Prunk und Pomp ihr dreißigjähriges „Jubiläum“ feiern. Wär' doch was, wenn alle öffentlichen Verteidigungen oder Truppenparaden in einem Meer weißer Fahnen stattfinden müßten, die man dann anschließend auch noch in die Kasernen mitnimmt . . . !

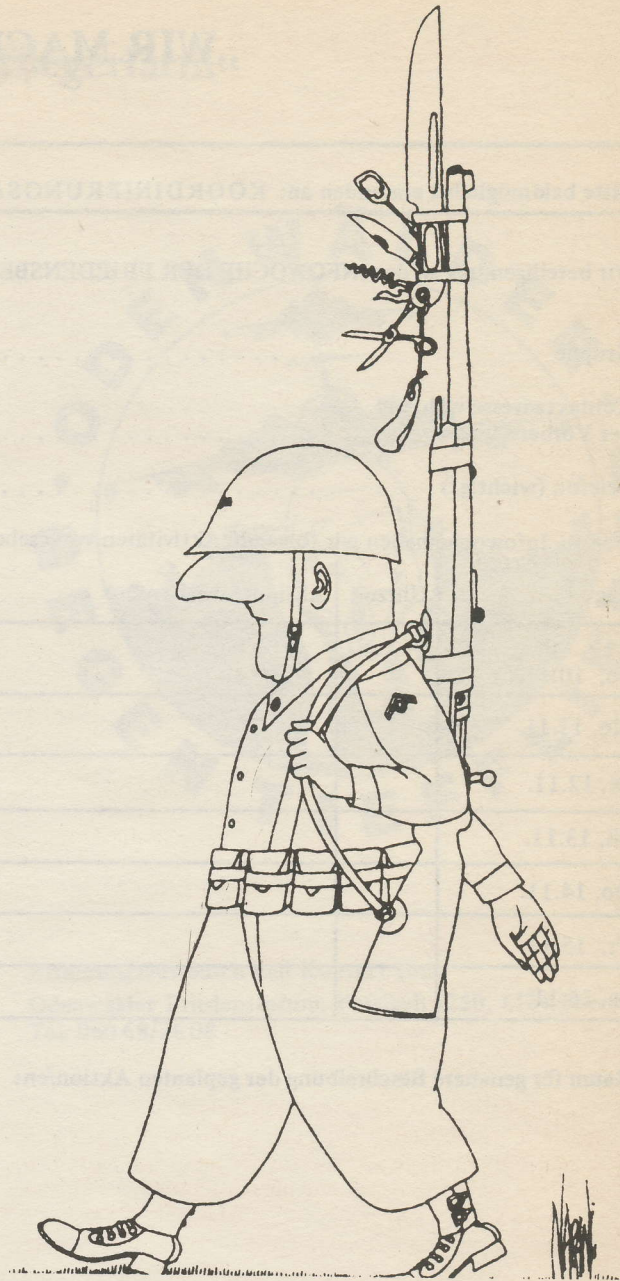
Auch auf den Versammlungen am 16. November würden viele dieser Fahnen ein eindrucksvolles „Signal für Frieden“ abgeben. Deshalb gilt: Jeder Teilnehmer an der Infowoche sollte eine dieser Fahnen besitzen!

BUTTONS – AUFKLEBER – RUNDBRIEFE

Natürlich gibt es auch diesmal wieder Buttons und Aufkleber mit dem neuen Friedenssymbol. Und nach diesem ersten (Herbst-)Rundbrief werden wir noch mindestens einen weiteren herausgeben (Oktober), vielleicht auch zwei. Doch dies hängt ganz von unserer Finanzsituation ab.

Damit ist auch zugleich noch ein wichtiger Punkt angesprochen: Die Finanzierung unserer Infowoche. Allein die Vorfinanzierung aller Materialien wird den Koordinierungsausschuß mit mehreren zehntausend Mark belasten. Dies ist für uns aber nur leistbar, wenn Ihr möglichst rasch mit Euren Bestellungen beginnt, damit uns nicht wieder (Vorjahr!) ein ungeheures Finanzloch entsteht, das die Fortsetzung der schon begonnen Arbeit gefährdet. Laßt uns also möglichst bald Eure Materialanforderungen zugehen und bestellt, bestellt, bestellt . . .

In der Mitte dieses Rundbriefs findet Ihr zudem unsren neuen Spendenaufruf. **WIR WAREN EUCH SEHR DANKBAR, WENN IHR IHN NACHDRUCKT UND ENTSPRECHEND WEITER VERBREITET!**



Unser eifrigster Leser



„WIR MACHEN MIT!“

Bitte baldmöglichst einsenden an: KOORDINIERUNGSAUSSCHUSS, DOROTHEENSTR. 20, 5300 BONN 1

Wir beteiligen uns an der INFOWOCHE DER FRIEDENSBEWEGUNG VOM 10.–16. NOVEMBER 1985:

Gruppe

Kontaktadresse während
der Vorbereitung

Telefon (wichtig!) Telefon am Infotag

Für die Infowoche haben wir folgende Aktivitäten vorgesehen (hier nur Stichworte):

Tag	Uhrzeit	Aktionsform	angestrebte Teilnehmerzahl	in PLZ/Ort
So, 10.11.				
Mo, 11.11.				
Di, 12.11.				
Mi, 13.11.				
Do, 14.11.				
Fr, 15.11.				
Sa, 16.11.				

Raum für genauere Beschreibung der geplanten Aktion/en:

Zur Vorbereitung der Infowoche werden wir folgende Aktionen durchführen bzw. uns daran beteiligen:

Weitere Angaben sind erwünscht. Bitte ggf. Blätter anheften. Auch eigene Materialien (Flugblätter, Broschüren, Aufrufe, Beschlußprotokolle etc.) mitschicken!

Aktionen gegen militärischen Tieffliegerlärm

Das Problem ist alt, und es verschlimmert sich. An jedem schönen Sonntag donnern das ganze Jahr über militärische Strahlflugzeuge im Tiefflug über ländliches Gebiet – so auch bei uns im Odenwald – und versetzen mit einem Lärm, der oft die Schmerzgrenze von etwa 125 Dezibel erreicht und der wegen der Schnelligkeit der Flugzeuge wie ein mächtiger Donnerschlag aus heiterem Himmel auftritt, die Menschen in Angst und Schrecken. Daß die militärischen Tiefflugübungen in den letzten Jahren ständig zugenommen haben, hängt u.a. mit der „AirLand-Battle“-Doktrin zusammen. Bei Tiefflugmanövern wird vor allem geübt, „das gegnerische Radarsystem zu unterfliegen“. Das heißt im Klartext: Es wird dafür geübt, im sogenannten Ernstfall durch Angriffsflüge „in den feindlichen Raum einzudringen“. Im Odenwald z.B. haben wir eine ähnliche Landschaftslage, wie sie im Thüringer Wald vorzufinden ist. Strahlflugzeuge wie Starfighter, Phantom, Tornado, Alpha-Jet machen militärisch nur einen Sinn, wenn sie bereits in der Luft sind, bevor eine Kriegshandlung begonnen hat, so daß sie gegnerische Maschinen, insbesondere auch Bombenflugzeuge, vor deren Start am Boden zerstören können. Tiefflugmanöver dienen also nicht der Verteidigung, sie sind Kriegsvorbereitung.

Die Proteste gegen Tiefflieger-Manöver und Tiefflug-Lärm sind angewachsen. Vom 27.5. bis 2.6.1985 fand im Odenwald eine Protestwoche statt, bei der mit Helium gefüllte Fesselballons 100 m in die Höhe aufgelassen wurden. Es entstand so etwas wie eine tieffluglärm-beruhigte Zone. Das Odenwälder Friedensforum hat beim Bundestag eine Petition mit 15.000 Unterschriften gegen Tieffluglärm eingereicht. Die Aktion wird fortgesetzt. Das Odenwälder Friedensforum ist in lockerer Verbindung mit ca. 100 Initiativen. Am 14./15.9. soll im Odenwald ein bundesweites Treffen stattfinden. Im Oktober soll es eine bundesweite Aktionswoche geben.



Erfahrungsaustausch und Kontakt über:

Odenwälder Friedensforum, Postfach 1250, 6124 Beerfelden,
Tel. 060 68/26 08

Militarisierung der Jugend

Die DFG-VK hat zwei Materialien herausgegeben, die sich mit dem Einfluß der Bundeswehr auf die Schulen beschäftigen. Die Broschüre **SCHLACHTFELD SCHULE** beschäftigt sich mit der Militarisierung des Bildungswesens allgemein und besonders mit den Jugendoffizieren, deren Ausbildung, Auftreten, Argumentation usw. Sie enthält auch Aktionsvorschläge. Zu bestellen bei der DFG-VK, Schwanenstr.16, 5620 Velbert.

Die Dokumentation zum Theaterstück „DIE GEWISSENS-FRAGE“ klärt auf über dieses Wehrkundetheater, das – vom Verteidigungsministerium bearbeitet und mit 750.000 DM finanziert – bereits 150 Mal in bundesdeutschen Schulen gezeigt wurde. Ebenfalls mit Aktionsvorschlägen. Zu bestellen bei der DFG-VK, Roonstr.71, 5000 Köln

Josef Weber gestorben

Köln (fpk) – Wieder hat die Friedensbewegung einen wichtigen Repräsentanten verloren. Im Alter von 76 Jahren verstarb am 22. August Josef Weber, langjähriges Direktoriumsmitglied der Deutschen Friedens-Union und treibende Kraft der „Krefelder Initiative“.

Seit über 34 Jahren gehörte er zu den entschiedensten und aktivsten Kritikern der Aufrüstungspolitik. Daß der Krefelder Apell über 5 Millionen Unterschriften gegen Atomraketen in Europa mobilisieren konnte, war zum großen Teil sein Verdienst.

STOPPT DIE MILITÄRISCH-NUKLEARE ZUSAMMENARBEIT MIT SÜDAFRIKA

- Angola, Januar 84: Weiß-Südafrika führt – vom militärisch besetzten Namibia aus – den seit 1975 blutigsten Feldzug gegen dieses Land. Eine halbe Million Menschen sind auf der Flucht. Von angolanischen Streitkräften werden erbeutet: Mehrere Militärflugzeuge von Daimler-Benz, Stuttgart.
- Indischer Ozean, September 79: Das Apartheid-Regime zündet die erste Atombombe. Das notwendige Know-how zur Urananreicherung stammt vom staatlichen Kernforschungszentrum Karlsruhe, Spezialteile u.a. von Varian MAT, Bremen, und Gutehoffnungshütte (GHH), Sterkrade.
- Sebokeng, Oktober 84: 7.000 südafrikanische Soldaten und Polizisten durchkämmen die von 120 000 Schwarzen bewohnte Stadt bei Johannesburg. Unterdrückung und Apartheid lassen sich nur noch mit militärischen Mitteln durchsetzen. Es herrscht Krieg. Bei Protesten sterben 130 Menschen durch Polizeieinsatz. Mit dabei: Militär-LKW von Magirus-Deutz, Ulm.

Die Bundesrepublik befindet sich unter den 5 größten Rüstungsexporturen der Welt. Jeder Export eines Rüstungsguts unterliegt der gesetzlichen Kontrolle und der Genehmigung durch die Bundesregierung. Für Südafrika darf eine Genehmigung nicht erteilt werden. Rüstungslieferungen sind nach bundesdeutschem Recht verboten und aufgrund des UN-Embargos völkerrechtswidrig.

Trotzdem lieferten und liefern bundesdeutsche Unternehmen – mit Wissen, Duldung oder rechtswidriger Genehmigung durch die Bundesregierung – Nuklearteile, Waffen, militärische Güter; Rüstungslizenzen und ganze Systeme nach Südafrika. Oft wird dabei wahrheitswidrig behauptet, dies sichere Arbeitsplätze in der BRD. Neben der Bundesregierung sind verantwortlich die Vorstände z.B. von: STEAG, Essen; MTU, Friedrichshafen; Rheinmetall, Düsseldorf; Siemens, München; MAN, Nürnberg; MBB, München; Heckler & Koch, Oberndorf; SEL, Stuttgart; BMW, München.

Bundesregierung und Rüstungskonzerne sind mitschuldig

- an der aggressiven Politik im südlichen Afrika
- an der völkerrechtswidrigen Besetzung Namibias durch Südafrika,
- an den ständigen Überfällen auf Angola und Mozambik und der militärischen Bedrohung der Nachbarstaaten.

Damit könnte das rassistische Südafrika einen Weltkrieg auslösen. Die Rüstungsexporte in dieses Land sind Bestandteil der Bemühungen, Südafrika in die Politik der NATO einzubeziehen.

Die Bevölkerungsmehrheit von Südafrika und Namibia, ihre international anerkannten Befreiungsbewegungen fordern die Einhaltung des Rüstungsembargos. Friedens-, „3.Welt“-Solidaritäts- und Ökologiebewegung, Kirchen, Gewerkschaften, Parteien, jede und jeder von uns ist aufgerufen:

Stoppt die militärisch-nukleare Zusammenarbeit mit Südafrika!

Beendet die Rüstungsexporte nach Südafrika!

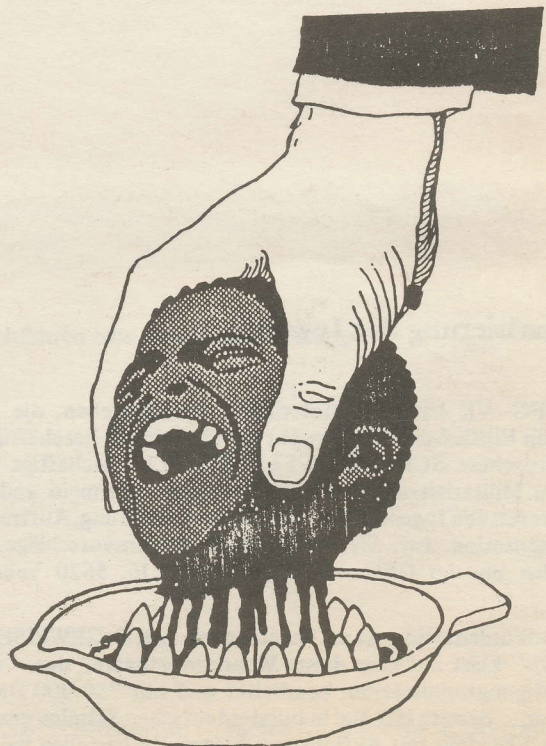
Vorgeschlagen werden dezentrale Aktionen in möglichst vielen Städten, getragen von möglichst vielen Gruppen, Organisationen und Personen: Um die Öffentlichkeit zu informieren, Bundesregierung, Rüstungsindustrie und ihre Manager als Verantwortliche festzumachen und Politiker zum Handeln zu zwingen.

AM 21. SEPTEMBER FINDET IN BONN EINE
SOLIDARITÄS-DEMONSTRATION

„FREIHEIT FÜR SÜDAFRIKA UND NAMIBIA“

STATT.

Kontakt über:
ANTI-APARTHEID-BEWEGUNG
Blücherstraße 14
5300 Bonn 1



Atombomben made in Germany?

Am 27. August begann in Genf die 3. Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag. Dieser Vertrag (auch NPT genannt), dem ca. 120 Nicht-Atomwaffenstaaten sowie die USA, Großbritannien und die Sowjetunion angehören, soll der Einhaltung zweier wesentlicher Ziele dienen:

1. der Verringerung der Zahl von Atomwaffen und der atomaren Abrüstung;
2. der Nicht-Verbreitung von Atomwaffen an andere als die fünf Atomwaffenstaaten.

Eine der wesentlichen Erwägungen, warum der Atomwaffensperrvertrag überhaupt zustande kam, war, die „nukleare Option“ der BRD zu verhindern, die seit Mitte der 50er Jahre zunehmend von Politikern aus CDU und CSU verfolgt wurde. Auch als die SPD/FDP-Regierung unter Willy Brandt nach heftigen Auseinandersetzungen den Vertrag 1969 unterzeichnete, dauerte es noch weitere 5 Jahre, ehe der Deutsche Bundestag dies formal absegnete. Allerdings wurde die „nukleare Option“, d.h. das Streben nach der Verfügungsgewalt über Atomwaffen, bis heute von einem breiten Kreis bundesdeutscher Politiker nicht aufgegeben. Im Gegenteil: Nicht nur wird der Ruf nach eigener atomarer Bewaffnung der Bundesrepublik in letzter Zeit wieder lauter; der auf Hochtouren vorangetriebene Ausbau „ziviler“ Atomtechnologie – Wiederaufbereitungs- und Urananreicherungsanlagen – setzt die Bundesrepublik heute in die Lage, ohne große Umwege eigene Atomwaffen herzustellen. Wir leben heute in einem Land, das die Schwelle zum Atomwaffenstaat jederzeit überschreiten kann.

Die Bundesrepublik ist in vielfältiger Weise in die militärische Nuklearpolitik und Atomkriegsplanung verwickelt:

- Auf dem Gebiet der BRD befinden sich auf engstem Raum mehr Atomwaffen als in irgendeinem anderen Land.
- Über NATO-Institutionen (Nukleare Planungsgruppe) ist die BRD an der Einsatzplanung für atomare Waffen im Kriegsfall beteiligt.
- Durch die Teilnahme am amerikanischen SDI-Programm und dem westeuropäischen EUREKA (worin atomare Waffen integriert sind) würde sich die BRD direkt an der Erforschung atomarer Waffen beteiligen.
- Über die Westeuropäische Union, eine engere militärische Zusammenarbeit mit Frankreich und Erwägungen zum Aufbau einer „Westeuropäischen Atomstreitmacht“ wollen bundesrepublikanische Politiker sich die Teilnahme an der westeuropäischen Aufrüstung und die eigene Atombewaffnung sichern.
- Die Bundeswehr selbst ist mit „atomwaffenfähigen“ Trägerwaffen (Pershing Ia/1b, Tornado) ausgerüstet, die sie im Kriegsfall zur atombewaffneten Streitmacht machen würde.
- Über die „zivile Nutzung“ der Kernenergie hat die BRD sich längst die Fähigkeit zur Produktion „der Bombe“ geschaffen.

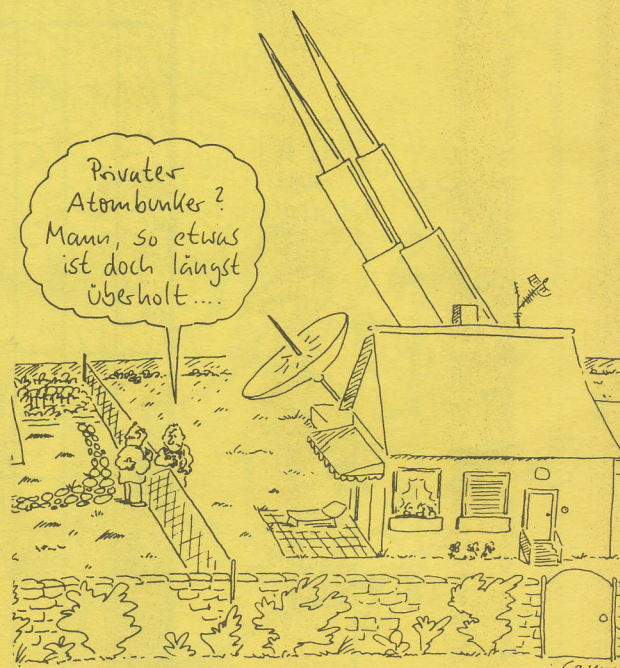
All diese unbestreitbaren Tatsachen verletzen den Kern, Geist und Buchstaben des Atomwaffensperrvertrages, in dem sich die BRD vor über 10 Jahren dazu verpflichtet hat, nicht den Besitz von und die Verfügungsgewalt über Atomwaffen anzustreben. Während so die massiven konventionellen Aufrüstungsmaßnahmen im Rahmen des neuen Bundeswehrplans und des neuen FOFA-Konzepts angeblich der „Hebung der atomaren Schwelle“ dienen sollen, mausert sich die Bundeswehr gleichzeitig immer deutlicher zur atomar bewaffneten Streitmacht.

Gleichzeitig verletzt die BRD den Atomwaffensperrvertrag, indem sie Ländern wie Südafrika, Brasilien, Argentinien und Pakistan zur Atombombe hilft. Es ist kein Zufall mehr, daß die größten Kunden der BRD in Sachen Atomgeschäft solche Länder sind, die dem Atomwaffensperrvertrag nicht beigetreten sind und deren Geschichte eng mit einem extremen Militarismus verbunden ist. Das rassistische Regime in Südafrika zündete 1979 mit bundesdeutscher Technologie und Know-how im Indischen Ozean seine erste Atombombe. Südafrika baut so mit deutscher Hilfe seine Vormachtstellung aus, die es zur Unterdrückung des schwarzen Volkes und seiner Nachbarstaaten gebraucht. Die BRD nutzt dies zudem für das eigene Atomgeschäft. So wird die hessische Atomanlage NUKEM mit Uran aus Namibia beliefert – Namibia ist ein Satellitenstaat des rassistischen Südafrika.

In Pakistan unterstützt die BRD ein Militärregime, das sich mehr oder weniger verdeckt in den Afghanistan-Konflikt einschaltet. So dient auch das Atomgeschäft mit der 3. Welt oftmals den militärischen Interessen der BRD und der NATO!

Seit längerem ist deutlich geworden, daß die Atomtechnologie wirtschaftlich von geringem Interesse ist. Trotzdem wird sie in der BRD uneingeschränkt vorangetrieben. Kein Wunder, denn bei der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf, den Atomanlagen NUKEM und ALKEM in Hessen und dem Schnellen Brüter in Kalkar, steht die militärische Nutzbarkeit im Vordergrund. Wenn der Atomwaffensperrvertrag 1995 offiziell ausläuft, werden diese Atomanlagen vollständig zur Verfügung stehen. Wird dann die BRD offen den Weg eines Atomwaffenstaates beschreiten?

Thomas Becker



An das KOORDINIERUNGSBÜRO DER FRIEDENSEWEGUNG, Dorotheenstr. 20, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/69 29 04-05.
Hiermit bestelle/n ich/wir:

Name _____

Anschrift

Unterschrift

Tel. (wichtig!)

Versandkosten: Bestellwert bis

50,- DM = 5,- DM

100,- DM = 7,- DM

200,- DM = 11,- DM

300,- DM = 15,- DM

ab 300,- DM

= 5% der Bestellsumme

HIER BITTE EINTRAGEN, WELCHE BEREICHS-FLUGBLÄTTER IM EINZELNEN GEWÜNSCHT WERDEN: (z.B.: Soldaten: 300 -- Schulen; 500 -- Kultur: 200 usw.).

DIE GESAMTZAHL DER BEREICHS-FLUGBLÄTTER MUSS MIT DER IN DER BESTELL-LISTE (s. links) GENANNTEN ÜBEREINSTIMMEN!

BEREICH	ANZAHL	BEREICH	ANZAHL
		GESAMTZAHL:	
(Mit Bestell-Liste übereinstimmend)			

Summe

Versandkosten (s. oben)

GESAMTBETRAG

Den Betrag von DM habe/n ich/wir bezahlt am 1985

- an G. Greune, Sonderkonto Frieden (KA), Sparkasse Bonn (BLZ 380 500 00) Konto Nr. 87 783
- an G. Greune, Sonderkonto F., Post girokonto Köln (BLZ 370 100 50), Konto-Nr. 7991-501
- durch beteiligenden Verrechnungsscheck über DM (DIE GÜNSTIGSTE UND SCHNELLSTE METHODE!)
- durch beteiligendes Bargeld in Höhe von DM.